



Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2013
und Lagebericht

Francotyp-Postalia Holding AG
Birkenwerder

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013**

	1. Januar bis 31. Dezember 2013		1. Januar bis 31. Dezember 2012	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		2.206		1.479
2. Sonstige betriebliche Erträge		1.121		614
3. Materialaufwand		0		176
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	2.863		1.678	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	396	3.259	281	1.959
--davon für Altersversorgung TEUR 1 (i. Vj. TEUR 1)--				
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		20		42
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.177		2.464
7. Erträge aus Beteiligungen		51		0
--davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 51 (i. Vj. EUR 0)--				
8. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen		9.487		6.903
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.750		1.850
--davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 1.750 (i. Vj. TEUR 1.850)--				
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		114		69
--davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 110 (i. Vj. TEUR 69)--				
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen		0		1.781
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.118		2.607
--davon an verbundene Unternehmen TEUR 77 (i. Vj. TEUR 148)--				
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		7.155		1.886
14. Außerordentliche Aufwendungen		9		9
15. Außerordentliches Ergebnis		-9		-9
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.105		940
--davon aus Veränderung bilanzierter latenter Steuern TEUR 904 (i. Vj. TEUR 785)--				
17. Sonstige Steuern		10		30
18. Jahresüberschuss		6.031		907
19. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		907		0
20. Bilanzgewinn vor Verrechnung nach § 150 Abs. 4 Nr. 1 und Nr. 2 AktG		6.938		907
21. Bilanzgewinn		6.938		907

Birkenwerder, den 31.03.2014

.....
Hans Szymanski

.....
Thomas Grethe

Anhang der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, für das Geschäftsjahr 2013

I. Allgemeine Angaben

Die Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder (nachfolgend auch „FP Holding“ oder „Gesellschaft“ genannt), ist die Obergesellschaft des Francotyp-Postalia-Konzerns (nachfolgend auch „Francotyp-Postalia“). Sitz der Gesellschaft ist 16547 Birkenwerder, Triftweg 21-26.

Die FP Holding ist im Handelsregister des Amtsgerichts Neuruppin unter HRB 7649 eingetragen.

Francotyp-Postalia ist ein international tätiges Unternehmen im Bereich der Postausgangsverarbeitung mit einer über 90-jährigen Firmengeschichte. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in dem traditionellen Produktgeschäft, welches aus der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von Frankiermaschinen, Kuvertiermaschinen und dem After-Sales-Geschäft besteht. Durch ihre Tochtergesellschaft freesort und ihre Mehrheitsbeteiligungen an der iab und der Mentana-Claimsoft GmbH bietet die FP-Gruppe ihren Kunden in Deutschland zudem auch Sortier- und Konsolidierungsdienstleistungen sowie Hybrid-Mail-Produkte und Produkte zur vollelektronischen Kommunikation an.

Seit 2006 sind sämtliche Aktien der FP Holding AG zum amtlichen Markt zugelassen. Gleichzeitig erfolgte die Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse, wobei die Aktien an der Frankfurter Börse mit der Wertpapierkennnummer FPH900 gehandelt werden.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB sowie der ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Jahresabschluss ist in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden – soweit nicht anders dargestellt – zum Zweck der Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit grundsätzlich in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Durch die kaufmännische Rundung von Einzelpositionen und Prozentangaben kann es zu geringfügigen Rundungsdifferenzen kommen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Aufstellung des Jahresabschluss waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** sowie die **Sachanlagen** werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind zu Anschaffungskosten, die **Ausleihungen, Forderungen** sowie die **sonstigen Vermögensgegenstände** jeweils zum Nennwert bilanziert. Die Vermögensgegenstände werden regelmäßigen Werthaltigkeitstests unterzogen. Ist den Gegenständen des Anlagevermögens am Bilanzstichtag ein voraussichtlich dauerhaft niedrigerer Wert beizulegen, werden in Höhe der Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Für die Berechnung der beizulegenden Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen bedarf es der Schätzung künftiger Cashflows der jeweiligen Tochtergesellschaft sowie eines geeigneten Abzinsungssatzes für die Barwertberechnung.

Forderungen in fremder Währung werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Umrechnungsdifferenzen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam erfasst. Ergibt sich im Falle einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr eine Bewertung zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag eine höhere Forderung, so wird die Forderung mit dem historischen Kurs angesetzt.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** werden auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen und auf der Passivseite Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit diese Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die **eigenen Anteile** werden als Abzugsposten vom Gezeichneten Kapital abgebildet. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag und den Anschaffungskosten wird mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet. Weitere Aufwendungen des Erwerbs, die Anschaffungsnebenkosten sind, werden als Aufwand des Geschäftsjahres behandelt.

Die **Rückstellungen für Pensionen** wurden mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Wert auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck nach der Projected Unit Credit Method, unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes gemäß § 253 Absatz 2 HGB gebildet und mit gegebenenfalls vorhandenem Planvermögen verrechnet. Aktuell wird ein Rechnungszinsfuß in Höhe von 4,88 % verwendet. Durchschnittlich erwartete jährliche Rentensteigerungen wurden mit 2 % berücksichtigt. Der Unterschiedsbetrag aus der Neubewertung auf Grund der Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes wird bis zum 31. Dezember 2024 mit mindestens $\frac{1}{15}$ angesammelt und in den außerordentlichen Aufwendungen gezeigt.

Bei **mittelbaren Pensionszusagen** wird von dem Wahlrecht des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und keine Pensionsrückstellung erfasst. Ein etwaiger Fehlbetrag, welcher sich als Differenz der Rückstellung und dem Vermögen der Versorgungseinrichtung ergibt, wird im Anhang angegeben.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Sie werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet und mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst gebildet und mit gegebenenfalls vorhandenem Planvermögen verrechnet.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** sind in Höhe ihrer Erfüllungsbeträge bewertet.

Kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten in fremder Währung werden grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Umrechnungsdifferenzen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam erfasst. Ergibt eine Bewertung zum Devisenkassamittelkurs im Falle einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr am Bilanzstichtag eine geringere Verbindlichkeit, so wird die Verbindlichkeit zum historischen Kurs bewertet.

Als **Latente Steuern** werden Steuerbe- und Steuerentlastungen in der Bilanz angesetzt, die sich aus Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen sowie aus Zins- und Verlustvorträgen ergeben und die sich in den nächsten fünf Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Sich ergebende Steuerbe- und Steuerentlastungen werden unverrechnet angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der in der Bilanz genannten Anlagenposten im Geschäftsjahr 2013 ist aus dem als Anlage 1 beigefügten Anlagengitter ersichtlich.

Unter den Finanzanlagen werden Anteile an der Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, (FP GmbH), der internet access GmbH lilibit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik, Berlin (kurz „iab“), der iab-Verwaltungs- und Vertriebs GmbH (kurz „iabv“), Berlin, der freesort GmbH (kurz „freesort“), Langenfeld, der FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, der FP Systems India Private Limited, Mumbai, der FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, sowie der Mentana-Claimsoft GmbH, Fürstenwalde/Spree, ausgewiesen.

Die FP Holding hält 51,01 % der Anteile an der iab sowie 36,99 % der Anteile an der iabv mit Sitz jeweils in Berlin; die verbleibenden 63,01 % an der iabv werden unmittelbar von der iab gehalten. Außerdem steht der Gesellschaft ein langfristiges Vorkaufsrecht für die übrigen rund 48,99 % der Anteile an der iab bis zum 31. Dezember 2017 zu.

Des Weiteren hat die Gesellschaft die Anteile an der Mentana-Claimsoft GmbH von 51 % auf 75,50 % aufgestockt. FP Holding steht eine langfristige Kaufoption für die übrigen 24,50 % der Anteile im Zeitraum vom 1. März 2015 bis 1. März 2017 zu.

Die FP Holding hält 0,002 % der Anteile an der im September 2010 gegründeten FP Systems India Private Limited, Mumbai, Indien unmittelbar, 99,996 % der Anteile werden unmittelbar von der FP GmbH gehalten.

Der Anteilsbesitz (direkt und indirekt zurechenbare Anteile) verteilt sich wie folgt:

Pos. Nr.	Gesellschaft	Währung	Anteil am Kapital in %	Ergebnis 31.12.2013	Eigen- Kapital 31.12.2013	Anteils- eigner (Lfd. Nr.)
1	Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland					
<u>Aufstellung des Anteilsbesitzes</u>						
2	Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	1.005	1
3	freesort GmbH, Langenfeld, Deutschland	TEUR	100	429	-3.818	1
4	internet access GmbH lilibit Berlin Gesell- schaft für Kommunikation und Digital- technik, Berlin, Deutschland	TEUR	51,01	381	2.443	1
5	iab-Verwaltungs- und Vertriebs GmbH, Berlin, Deutschland	TEUR	100	0	0	1 und 4
6	FP Direkt Vertriebs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	26	2
7	Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	11.187	2
8	Francotyp-Postalia International GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	6.510	2
9	FP Hanse GmbH, Hamburg, Deutschland	TEUR	100	0	102	7
10	FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	85	214	1
11	Frankiersversand UG (haftungsbeschränkt), Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	2	2
12	Francotyp-Postalia Unterstutzungsseinrich- tung GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	4.441	2
13	FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, Deutschland	TEUR	100	294	319	1
14	Mentana-Claimsoft GmbH, Fürstenwalde/Spree, Deutschland	TEUR	75,5	-580	-1.800	1
15	Francotyp-Postalia N.V./S.A. Zaventem, Belgien	TEUR	99,97	-166	581	2
16	Francotyp-Postalia GmbH, Wien, Österreich	TEUR	100	-29	729	2
17	Ruys Handelsvereniging B.V., Den Haag, Niederlande	TEUR	100	421	616	8
18	Italiana Audion s.r.l., Mailand, Italien	TEUR	100	-463	-166	8
19	Francotyp-Postalia Ltd., Dartford, Großbritannien	TGBP	100	622	2.322	8
20	Francotyp-Postalia Inc., Addison, Illinois, USA	TUSD	100	3.121	22.636	2
21	Francotyp-Postalia Canada Inc., Markham, Kanada	TCAD	100	682	-3.111	20
22	Francotyp-Postalia Asia Pte. Ltd., Singapur, Singapur	TSGD	100	-388	-1.305	2
23	Francotyp-Postalia Sverige AB, Stockholm, Schweden	TSEK	100	-3.979	195	2
24	Francotyp-Postalia France SARL, Rungis, Frankreich	TEUR	100	-408	84	2
25	FP Data Center Inc., Osaka, Japan	TJPY	49	4.473	88.023	2
26	FP Systems India Private Limited Mumbai, Indien	TINR	99,998	-150	114	1 und 2
27	FP Direct Ltd., Dartford, Großbritannien	GBP	100	n.a	1	19

Die Finanzanlagen inklusive der Ausleihungen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2013 um TEUR 5.850. Ursache hierfür ist die Ablösung des alten Konsortialdarlehensvertrages und die Neuaufnahme eines neuen Konsortialdarlehensvertrages sowie die Aufstockung der Firmenanteile an der Mentana-Claimsoft GmbH. Damit entsprechen die Finanzanlagen 50,4 % (im Vorjahr 49,5 %) der Bilanzsumme bzw. 101,4 % (im Vorjahr 101,9 %) des Eigenkapitals.

Die Ausleihungen bestehen in Höhe von TEUR 53.123 (im Vorjahr TEUR 42.273) an die FP GmbH sowie unverändert in Höhe von TEUR 4.500 an die freesort. Für die Ausleihungen an die freesort wurde eine Rangrücktrittserklärung abgegeben.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Von den **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** in Höhe von TEUR 55.321 (im Vorjahr TEUR 51.364) haben Forderungen in Höhe von TEUR 3.081 (im Vorjahr TEUR 5.108) eine Restlaufzeit von ein bis fünf Jahren. Die Forderungen resultieren unter anderem aus kurz- bis mittelfristigen Darlehensforderungen aus einem Kreditrahmenvertrag für die Finanzierung der Mentana-Claimsoft GmbH. Die übrigen Forderungen gegen verbundene Unternehmen umfassen sonstige Konzernverrechnungen und kurzfristige Finanzierung in Höhe von TEUR 52.240 (im Vorjahr TEUR 46.256). Die sonstigen Konzernverrechnungen beinhalten neben Cash-Pooling und kurzfristiger Finanzierung auch den Ertrag aus Ergebnisabführung der FP GmbH in Höhe von TEUR 9.487 (im Vorjahr Ertrag aus Ergebnisabführung TEUR 6.903).

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 604 (im Vorjahr TEUR 22) beinhalten im Wesentlichen eine Schadensersatzforderung gegen ein ehemaliges Vorstandsmitglied in Höhe von TEUR 587. Die Erfolgsaussichten in diesem Verfahren werden als überwiegend wahrscheinlich eingeschätzt. Aufgrund einer bestehenden D&O-Versicherung ist im Fall einer erfolgreichen Klage auch die Realisierung der Forderung überwiegend wahrscheinlich.

3. Aktive latente Steuern

Auf Grund der Wahlrechtsausübung zum Ausweis werden aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 4.119 ausgewiesen. Hierbei kam ein Steuersatz von 28,08 % zur Anwendung. Die Francotyp-Postalia Holding AG ist körperschaft- und gewerbesteuerlicher Organträger der Gesellschaften Francotyp-Postalia GmbH, Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, FP Direkt Vertriebs GmbH, Francotyp-Postalia International GmbH, Frankierversand UG und FP Hanse GmbH. Die aktiven latenten Steuern beinhalten überwiegend steuerliche Verlustvorträge. Des Weiteren bestehen Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen in den Bereichen Währungsbewertung, geringwertigen Wirtschaftsgütern, Rückstellungen zu Pensionen, Jubiläumszuwendungen, Altersteilzeit und Urlaub.

4. Eigenkapital

4.1 Grundkapital

Das Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG beträgt derzeit TEUR 16.160 und ist eingeteilt in 16.160.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien ohne Nennbetrag und anteiliger Berechtigung am Gewinn der Gesellschaft. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme in der Hauptversammlung der Gesellschaft. Das Grundkapital ist vollständig eingezahlt.

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 20. November 2007 auf Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 16. Oktober 2006 die Durchführung eines Programms zum Rückkauf von Aktien der Gesell-

schaft beschlossen, um Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen mit eigenen Aktien als Akquisitionswährung erwerben zu können. Dieser Ermächtigungsbeschluss war am 15. April 2008 ausgelaufen.

Es wurden insgesamt 370.444 Aktien erworben und vom Grundkapital abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren Aktien hinzugekauft.

4.2 Börsengang und Kapitalrücklage

Am 30. November 2006 wurden sämtliche Aktien der FP Holding AG zum amtlichen Markt mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die FP Holding erzielte beim Börsengang aus der Veräußerung von 2.700.000 Aktien einen Bruttoemissionserlös in Höhe von TEUR 51.300.

Die Zuzahlungen der neuen Aktionäre in Höhe von TEUR 48.600 wurden in der Kapitalrücklage ausgewiesen. Die Aufwendungen des Börsengangs betragen insgesamt TEUR 4.603. Im Konzernabschluss wurden die Aufwendungen unter Berücksichtigung des Steuereffekts in Höhe von TEUR 1.711 mit einem Betrag von TEUR 2.892 erfolgsneutral mit der Kapitalrücklage verrechnet.

In 2011 wurde die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 12.527 mit dem Bilanzverlust verrechnet.

Die Überleitung des Jahresüberschusses (im Vorjahr des Jahresfehlbetrages) zum Bilanzverlust ist gemäß § 158 AktG der Ergänzung zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen.

Am 23. März 2012 beschloss der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital um TEUR 1.460 gegen Bareinlagen durch Ausgabe von 1.460.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen. Der Ausgabebetrag betrug EUR 2,66 je Aktie womit ein Bruttoemissionserlös in Höhe von TEUR 3.884 erzielt wurde. Die Zuzahlung des neuen Aktionärs wurde in Höhe von TEUR 2.424 in die Kapitalrücklage eingestellt.

4.3 Beschlüsse der Jahre 2010 bis 2012

Kapitalgenehmigung für genehmigtes und bedingtes Kapital

Am 30. Juni 2011 sind bei der FP Holding Hauptversammlungsbeschlüsse über die Schaffung von genehmigtem Kapital in Höhe von TEUR 7.350 und entsprechender Satzungsänderung sowie über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um einen Betrag von bis zu TEUR 6.305 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von Euro 1,00 gefasst worden. Des Weiteren ist der Vorstand ermächtigt worden, Options- und Wandelschuldverschreibungen mit der Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG bis zu einer Höhe von EUR 200.000.000,00 auszugeben sowie ein bedingtes Kapital und eine entsprechende Satzungsänderung zu schaffen.

Aktienrückkaufprogramm

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 20. November 2007 auf Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 16. Oktober 2006 die Durchführung eines Programms zum Rückkauf von Aktien der Gesellschaft beschlossen, um Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen mit eigenen Aktien als Akquisitionswährung erwerben zu können.

Es wurden im Zeitraum November 2007 bis April 2008 insgesamt 370.444 Aktien erworben. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren Aktien hinzugekauft. Die eigenen Anteile entsprechen zum 31. Dezember 2013 einem Anteil von 2,29 % (im Vorjahr 2,29 %) des Grundkapitals, wobei sie einen Kurswert von TEUR 1.519 (im Vorjahr TEUR 900) zum Abschlussstichtag hatten. Die Entwicklung der Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile geht aus folgender Überleitungsrechnung hervor:

	Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile
Anzahl der Stückaktien	16.160.000
Rückkauf eigener Anteile	-370.444
Stand 31.12.2013	15.789.556

Beschlussfassungen 2010

Die Hauptversammlung vom 1. Juli 2010 hat die Gesellschaft bis zum 30. Juni 2015 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum 1. Juli 2010 bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die nach dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr gemäß den §§ 71d und 71e Aktiengesetz zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgenutzt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 30. Juni 2015. Der Erwerb der Aktien erfolgt nach Wahl des Vorstands als Kauf über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots.

Der Vorstand bzw. – im unter lit. ee) genannten Fall – der Aufsichtsrat wurde ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien neben einer Veräußerung über die Börse oder über ein Angebot an alle Aktionäre auch wie unter Punkt aa) bis cc) aufgeführt zu verwenden. Die Ermächtigungen können einmal oder mehrmals, einzeln oder gemeinsam, ganz oder in Teilen ausgenutzt werden.

(aa) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung. Die Einziehung kann auch im vereinfachten Verfahren ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen Betrags des Grundkapitals der übrigen Aktien gemäß § 8 Absatz 3 Aktiengesetz (AktG) erfolgen. Der Vorstand ist für diesen Fall ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung entsprechend zu ändern.

(bb) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats Dritten gegen Sachleistungen, insbesondere im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran, angeboten und auf diese übertragen werden, sofern der Erwerb des Unternehmens oder der Beteiligung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt und sofern der für die eigenen Aktien zu erbringende Gegenwert nicht unangemessen niedrig ist.

(cc) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bareinlagen ausgegeben werden, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien bisher nicht zum Handel zugelassen sind.

(dd) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Barzahlung an Dritte veräußert werden, wenn der Preis, zu dem die Aktien veräußert werden, den am Tag der Veräußerung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im elekt-

ronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten). Insgesamt dürfen die auf Grund der Ermächtigungen unter dieser lit. dd) verwendeten Aktien, die in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 Aktiengesetz (unter Bezugsrechtsausschluss gegen Bareinlagen nahe am Börsenpreis) ausgegeben wurden, 10 % des Grundkapitals zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung und ihrer Verwendung nicht übersteigen. Auf diese Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die in direkter oder entsprechender Anwendung dieser Vorschrift während der letzten 12 Monate vor Ausnutzung dieser Ermächtigung bis zu diesem Zeitpunkt ausgegeben oder veräußert wurden.

(ee) Die eigenen Aktien können von dem Aufsichtsrat dazu verwendet werden, einzelnen Mitgliedern des Vorstands anstelle der von der Gesellschaft geschuldeten Bar-Vergütung eigene Aktien anzubieten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass der Preis, welcher bei der Ermittlung der Zahl der an Erfüllungsstatt zu übertragenden eigenen Aktien zu Grunde gelegt wird, den am Tag der Angebotsunterbreitung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten).

(ff) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats dazu verwendet werden, Bezugsrechte, die unter dem Aktienoptionsplan 2010 der Gesellschaft ordnungsgemäß ausgegeben und ausgeübt wurden, zu bedienen. Der Aktienoptionsplan 2010 lag der Hauptversammlung unter Tagesordnungspunkt 8 zur Entscheidung vor.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf erworbene eigene Aktien wird insoweit ausgeschlossen, als diese Aktien gemäß den vorstehenden Ermächtigungen unter (bb) bis (ff) verwendet werden.

Beschlussfassung 2012

Mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschloss der Vorstand am 23. März 2012 das Grundkapital der FP Holding AG von EUR 14.700.000, eingeteilt in 14.700.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien, um EUR 1.460.000 gegen Bareinlagen auf EUR 16.160.000 durch Ausgabe von 1.460.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien mit voller Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 2012 zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der Ausgabebetrag betrug EUR 2,66 je Aktie womit ein Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR 3.883.600 erzielt wurde. Die Zeichnung und Übernahme der 1.460.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien erfolgte durch die 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern. Die Bareinlagen zuzüglich Aufgeld flossen im März 2012 zu.

Bedingte Kapitalerhöhung und Aktienoptionsplan 2010

In 1.1 des Aktienoptionsplans 2010 der Francotyp-Postalia Holding AG heißt es: „Die ordentliche Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG [...] hat am 1. Juli 2010 beschlossen, (i) das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von bis zu 1.045.000,00 Euro durch die Ausgabe von bis zu 1.045.000 Stück nennwertloser Inhaberaktien [...] bedingt zu erhöhen und (ii) an Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft, an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG [...] und an Führungskräfte der FP Gruppe Bezugsrechte [...] auszugeben, die die Inhaber dazu berechtigen, insgesamt maximal 1.045.000 Aktien gegen Zahlung des Ausübungspreises zu beziehen.“

Der damit beschlossene Aktienoptionsplan sieht ausschließlich den Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten vor und zwar vorrangig durch den Einsatz eigener Aktien, nachrangig im Wege einer bedingten Kapitalerhöhung.

Zweck des Aktienoptionsplans ist gemäß 1.3 des Aktienoptionsplans „die nachhaltige Verknüpfung der Interessen der Unternehmensführung und der Führungskräfte mit den Interessen der Aktionäre an der langfristigen Steigerung des Unternehmenswertes.“

Zum 1. September 2010 wurden insgesamt 900.000 Aktienoptionen zugeteilt. Weitere 75.000 Aktienoptionen wurden zum 27. April 2012 und zusätzlich 20.000 Aktienoptionen am 7. September 2012 zugeteilt. Eine Option hat gemäß 2.3 des Aktienoptionsplans jeweils eine Laufzeit von 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der Zuteilung. Die Optionen sind entsprechend 2.4 des Aktienoptionsplans 2010 nicht verbrieft. Zuzahlungen waren bei der Zuteilung der Optionen entsprechend 5.5 des Aktienoptionsplans 2010 nicht zu leisten. Von den 900.000 zugeteilten Aktienoptionen entfallen jeweils 180.000 Aktienoptionen auf die beiden Mitglieder des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG.

4.4 Sonstiges

Eine Dividende wurde im Berichtsjahr nicht ausgeschüttet.

Auf Grund der Wahlrechtsausübung zum Ausweis aktiver latenter Steuern unterliegt ein Betrag in Höhe von TEUR 4.080 einer Ausschüttungssperre nach § 268 Absatz 8 Satz 2 HGB.

5. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von TEUR 434 (im Vorjahr TEUR 385) betreffen mit TEUR 426 (im Vorjahr TEUR 380) Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sowie Sterbegeldverpflichtungen in Höhe von TEUR 8 (im Vorjahr TEUR 5). Der Erfüllungsbetrag für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beläuft sich auf TEUR 526 (im Vorjahr TEUR 488), insofern beträgt der nicht-bilanzielle Teil TEUR 100 (im Vorjahr TEUR 103).

Weiterhin besteht eine mittelbare Pensionszusage, bei der die zugesagten Altersversorgungsleistungen an die Versorgungsberechtigten durch die Francotyp-Postalia Unterstützungseinrichtung GmbH erbracht werden. Der Fehlbetrag gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB vor Abzug des Kassenvermögens beläuft sich auf TEUR 41 (im Vorjahr TEUR 18).

6. Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen beinhalten die auf Grund einer Betriebsprüfung zu erwartenden Steuernachzahlungen für den Betriebsprüfungszeitraum 2005 bis 2008 und den Zeitraum 2010, sowie laufende Steuern.

7. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.084 (im Vorjahr TEUR 734) beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für sonstige Personalkosten in Höhe von TEUR 367 (im Vorjahr EUR 0), für Prämien/Tantiemen TEUR 273 (im Vorjahr TEUR 34), für Jahresabschlusskosten in Höhe von TEUR 183 (im Vorjahr TEUR 231), für Anwalts- und Prozesskosten TEUR 129 (im Vorjahr TEUR 29), für sonstige ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 31 (im Vorjahr TEUR 175), Verluste aus Derivaten in Höhe von TEUR 50 (im Vorjahr EUR 0) sowie für ausstehende Urlaubsgeld- und Mehrarbeitsverpflichtungen und Abfindungen wegen Auflösung des Arbeitsverhältnisses in Höhe von TEUR 51 (im Vorjahr TEUR 60).

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von TEUR 18 (im Vorjahr TEUR 21) ertragswirksam aufgelöst.

8. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 33.496 (im Vorjahr TEUR 34.416) beinhalten den am 19. April 2013 geschlossenen Konsortialdarlehensvertrag über TEUR 45.000 zwischen der Francotyp-Postalia Holding AG und der Francotyp-Postalia GmbH als Darlehensnehmer und Garanten und einem Bankenkonsortium als Darlehensgeberin abgeschlossen. Das Darlehen setzt sich aus einem Darlehen A (Tilgungsdarlehen in Höhe von bis zu TEUR 15.000) und einem Darlehen B (Darlehen in Höhe von bis zu TEUR 30.000 auf revolvingender Basis) zusammen. Dem Darlehensvertrag nach sind mit den Darlehen, vorrangig mit Darlehen A, zunächst die alten Konsortialdarlehen abzulösen. Darüber hinaus dienen sie allgemeinen betrieblichen Zwecken, wobei Darlehen B insbesondere zur Finanzierung des weiteren Aufbaus des Vermietgeschäfts der Francotyp-Postalia Inc. (USA) verwendet werden kann.

In Anrechnung auf das Darlehen B können die Darlehensnehmer über die Abzweiglinien Banken bilaterale Abzweiglinien in Form einer Kontokorrent- und / oder Avallinie bis einen Bankarbeitstag vor Endfälligkeit in Anspruch genommen werden. Die Abzweiglinie darf für jede Abzweiglinien den Betrag von EUR 3.000.000 bzw. für beide EUR 6.000.000 zu keinem Zeitpunkt übersteigen und jede Abzweiglinienvereinbarung muss eine Laufzeit bis zur Endfälligkeit vorsehen.

Die Darlehen haben eine Laufzeit von drei Jahren und sechs Monaten ab Unterzeichnung des Darlehensvertrages. Es besteht für beide Darlehen eine Verlängerungsoption für weitere achtzehn Monate.

Mit Schreiben vom 10. Juni 2013 kündigte die FP Holding den alten Konsortialdarlehensvertrag vom 21. Februar 2011 und löste unter Zuhilfenahme der neuen Konsortialdarlehen am 25. Juni 2013 die finanziellen Verpflichtungen aus dem alten Konsortialdarlehensvertrag in Höhe von TEUR 29.535 und TUSD 4.953 ab.

Die Verbindlichkeiten haben nachfolgend dargestellte Restlaufzeiten:

TEUR	Summe	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre
2013			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.496	2.996	30.500
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	267	267	0
Summe	33.763	3.263	30.500
2012			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.416	6.790	27.626
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	273	273	0
Summe	34.689	7.063	27.626

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** umfassen sonstige Konzernverrechnungen (Cash-Pooling und kurzfristige Finanzierung in Höhe von TEUR 24.960).

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern. Hiervon entfallen TEUR 60 (im Vorjahr TEUR 44) auf Lohnsteuern sowie TEUR 248 (im Vorjahr TEUR 216) auf Umsatzsteuer. Alle Verbindlichkeiten gegenüber

verbundenen Unternehmen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

9. Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern werden mit einem Steuersatz von 28,08 % ermittelt. In 2013 werden passive latente Steuern in Höhe von TEUR 39 (im Vorjahr TEUR 167) auf temporäre Differenzen ausgewiesen.

10. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus den am Bilanzstichtag bestehenden Leasingverträgen für Firmenfahrzeuge resultieren sonstige finanzielle Verpflichtungen von insgesamt TEUR 320 (im Vorjahr TEUR 267). Hiervon entfallen auf eine Laufzeit von bis zu einem Jahr TEUR 234 (im Vorjahr TEUR 167) und TEUR 86 (im Vorjahr TEUR 100) auf eine Laufzeit von ein bis zu fünf Jahren.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

11. Haftungsverhältnisse

Die Stellung von Kreditsicherheiten für den Konsortialdarlehensvertrag erfolgt nicht durch die FP Holding AG, sondern auch durch die übrigen in- und ausländischen FP Gesellschaften. Folgende Gesamtsicherheiten wurden bestellt:

- Bestehende Grundschuld in Wittenberge (Grundbuch von Wittenberge, Blatt 5179) in Höhe von TEUR 1.000 (im Vorjahr TEUR 1.000) durch die FP Holding AG
- Sicherungsabtretung von Forderungen aus Lieferung und Leistungen der folgenden Gesellschaften des Konzerns mit Sitz in Deutschland gegen Kunden oder gegen andere Gesellschaften des Konzerns: FP Holding AG, FP GmbH, freesort GmbH, FP International GmbH, Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, FP Produktionsgesellschaft mbH, FP Direkt Vertriebs GmbH bestehen in einer Gesamthöhe von TEUR 44.257
- Verpfändungen der bestehenden und künftigen Markenrechte der Darlehensnehmer und Garanten, sofern diese nach deutschem Recht bestehen.

Die seitens der FP Tochtergesellschaften gestellten Sicherheiten dienen der Besicherung aller gegenwärtigen, bedingten und künftigen Forderungen der Darlehensgeber aus oder im Zusammenhang mit diesem Darlehensvertrag, einer Abzweiglinien Vereinbarung oder den weiteren Finanzierungsdokumenten. Die Kreditsicherheiten können in Anspruch genommen werden, wenn seitens der FP-Gesellschaften unter dem Konsortialkreditvertrag oder den bilateralen Abzweiglinien fällige Zahlungen nicht geleistet werden. Per 31. Dezember 2013 beträgt der in Anspruch genommene Kredit TEUR 32.000.

Alle gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche der Banken gegen die Kreditnehmerin oder Garantiegeberin aus dem Konsortialdarlehensvertrag und dem bilateralen Darlehensvertrag mit der Commerzbank werden durch die Sicherheiten besichert. Die Sicherheiten können in Anspruch genommen werden, wenn seitens der FP Holding AG unter dem Konsortialkreditvertrag fällige Zahlungen nicht geleistet werden.

Die freesort GmbH hat am 14. März 2011 und am 20. April 2011 jeweils einen Leasingvertrag mit der IKB Leasing GmbH für zwei Briefsortiermaschinen abgeschlossen. In Höhe von TEUR 624 und TEUR 127 hat die FP Holding AG für diese Leasingverträge eine selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen.

Mit notarieller Beurkundung vom 27. Januar 2012 hat die Gesellschaft eine Höchstbetragsbürgschaft gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg für die Sicherung der Forderungen aus dem Subventionsverhältnis insbesondere für mögliche zukünftige Erstattungsansprüche gegen die FP Produktionsgesellschaft mbH in Höhe von TEUR 504 übernommen.

Die FP Holding hat am 13. März 2014 gegenüber ihrer Tochtergesellschaft freesort GmbH, Langenfeld, eine Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt, dass sie bis zum 31. Dezember 2015 unwiderruflich die uneingeschränkte Verpflichtung übernimmt,

- die freesort auf deren erstes Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es ihr zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden,
- und dafür Sorge zu tragen, dass die freesort GmbH in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen.

Die freesort GmbH erzielte in den letzten beiden Jahren Umsatz- und Ergebniszuwächse. Eine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung scheint nicht wahrscheinlich.

Darüber hinaus hat die FP Holding am 13. März 2014 gegenüber der freesort eine unbefristete Rangrücktrittsvereinbarung abgegeben. Inhalt dieser Vereinbarung ist

- Der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem. § 39 Abs. 2 InsO im Insolvenzverfahren hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft. Die Forderungen, hinter die die FP Holding zurückgetreten ist, sind nicht vor, sondern nur zugleich mit den Einlagerückgewährungsansprüchen eventueller übriger Gesellschafter zu berücksichtigen.
- Auf die Forderungen, mit denen die FP Holding zurückgetreten ist, sind Zahlungen lediglich aus ausgewiesenen Jahresüberschüssen entsprechend der Handelsbilanz, einem Liquiditätsüberschuss oder aus sonstigem freiem Vermögen zu leisten.

Die FP Holding hat am 14. März 2014 gegenüber ihrer Tochtergesellschaft Mentana-Claimsoft GmbH eine bis zum 31. Dezember 2015 befristete Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt,

- Die Mentana-Claimsoft GmbH auf deren erstes Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es der Gesellschaft zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden,
- Dafür Sorge zu tragen, dass die Mentana-Claimsoft GmbH in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen.

Darüber hinaus hat die FP Holding am 14. März 2014 gegenüber der Mentana-Claimsoft GmbH eine unbefristete Rangrücktrittsvereinbarung abgegeben. Inhalt dieser Vereinbarung ist:

- Der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem. § 39 Abs. 2 InsO im Insolvenzverfahren hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft. Die Forderungen, hinter die die FP Holding zurückgetreten ist, sind nicht vor, sondern nur

zugleich mit den Einlagerückgewährungsansprüchen eventueller übriger Gesellschafter zu berücksichtigen.

- Auf die Forderungen, mit denen die FP Holding zurückgetreten ist, sind Zahlungen lediglich aus ausgewiesenen Jahresüberschüssen entsprechend der Handelsbilanz, einem Liquiditätsüberschuss oder aus sonstigem freien Vermögen zu leisten.

Die FP Holding hat am 13. März 2014 gegenüber ihrer Tochtergesellschaft FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, eine bis zum 31. Dezember 2015 befristete Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt,

- Die FP Produktionsgesellschaft auf deren erste Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es der Gesellschaft zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden,
- Dafür Sorge zu tragen, dass die FP Produktionsgesellschaft in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen

Darüber hinaus hat die FP Holding am 13. März 2014 gegenüber der FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, eine unbefristete Rangrücktrittsvereinbarung abgegeben. Inhalt dieser Vereinbarung ist

- Der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem. § 39 Abs. 2 InsO im Insolvenzverfahren hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft. Die Forderungen, hinter die die FP Holding zurückgetreten ist, sind nicht vor, sondern nur zugleich mit den Einlagerückgewährungsansprüchen eventueller übriger Gesellschafter zu berücksichtigen.
- Auf die Forderungen, mit denen die FP Holding zurückgetreten ist, sind Zahlungen lediglich aus ausgewiesenen Jahresüberschüssen entsprechend der Handelsbilanz, einem Liquiditätsüberschuss oder aus sonstigem freien Vermögen zu leisten.

Für die Mentana-Claimsoft GmbH und für die FP Produktionsgesellschaft mbH werden in den nächsten Jahren positive Umsatz- und Ergebniszuwächse erwartet. Eine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung erscheint eher nicht wahrscheinlich.

12. Derivative Finanzinstrumente

Weil die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten einen variablen Zinssatz haben, ist die Gesellschaft dem Risiko schwankender Marktzinssätze ausgesetzt. Der Finanzbereich der Gesellschaft steuert die Zinsrisiken mit dem Ziel, das Zinsergebnis zu optimieren sowie das gesamte Zinsänderungsrisiko zu minimieren. Der Finanzierungsbedarf von Tochtergesellschaften wird über konzerninterne Darlehen bzw. konzerninterne Verrechnungskonten gedeckt.

Am 20. Dezember 2013 wurden Zinssicherungsgeschäfte mit Banken des Konsortiums abgeschlossen. Dabei handelt es sich um fünf Zins-Swap-Geschäfte (nachfolgend „Swap“) für das Tilgungsdarlehen sowie fünf Zinsbegrenzungsgeschäfte in Form von Höchstsatzvereinbarungen für das Darlehen auf revolvingender Basis.

Im Rahmen der Zins-Swap-Geschäfte tauscht der Konzern variable 6-Monats-EURIBOR-Zinszahlungen gegen einen Festzinssatz in der Bandbreite von 1,0-0,88% p. a. für den Zeitraum vom 30. Juni 2014 bis 30. Dezember 2016. Der Marktwert dieser Swaps beträgt 31. Dezember 2013 TEUR -41 (31. Dezember 2012: TEUR -202). Die Swaps werden

halbjährlich ausgeglichen. Gemäß den im Konsortialdarlehensvertrag definierten, planmäßig vorzunehmenden Tilgungen reduziert sich die Höhe des jeweiligen Bezugsbetrags über die Laufzeit.

Im Rahmen der Cap-Geschäfte deckelt der Konzern die variablen 3-Monats-EURIBOR-Zinszahlungen des revolvingierenden Darlehens mit einer Cap-Rate von 1,00%. Der Bezugsbetrag bleibt bei jedem einzelnen Cap-Geschäft über die Vertragslaufzeit konstant. Der Marktwert der Caps beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR 55 (31. Dezember 2012: EUR 0). Die Caps werden vierteljährlich ausgeglichen.

Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2013 sind aus folgenden beiden Tabellen ersichtlich:

Lfd. Nr.	Anfangsdatum	Enddatum	Anfänglicher Bezugsbetrag in EUR	Bezugsbetrag am Ende in EUR	Festsatz	Marktwert
1	30.06.2014	30.09.2016	2.916.666,67	1.249.999,99	0,90%	-11.860,79
2	30.06.2014	30.09.2016	2.616.498,74	349.496,22	0,88%	-10.110,38
3	30.06.2014	19.10.2016	2.100.000,00	900.000,00	0,88%	-7.630,31
4	30.06.2014	30.09.2016	1.866.900,00	800.700,00	0,90%	-7.765,94
5	30.06.2014	30.12.2016	700.000,00	300.000,00	1,00%	-3.759,60

Lfd. Nr.	Art	Anfangsdatum	Enddatum	Bezugsbetrag in EUR	Cap-Rate	Marktwert in EUR
6	Cap	31.03.2014	30.09.2016	4.166.666,67	1,00%	14.013,82
7	Cap	31.03.2014	30.09.2016	4.150.000,00	1,00%	16.703,20
8	Cap	30.06.2014	19.10.2016	3.000.000,00	1,00%	10.212,12
9	Cap	31.03.2014	30.09.2016	2.666.666,00	1,00%	9.987,67
10	Cap	31.03.2014	31.12.2016	1.000.000,00	1,00%	4.344,34

Die beizulegenden Zeitwerte bestehender Zinsderivatgeschäfte lassen sich nachstehender Tabelle entnehmen:

TEUR	31.12.2013		31.12.2012	
	Vermögensgegenstände	Verbindlichkeiten	Vermögensgegenstände	Verbindlichkeiten
Zins-Swap Geschäft	0	41	0	202
Zins-Cap-Geschäfte	55	0	0	0

Vor dem Hintergrund des negativen Zeitwertes des Zins-Swap Geschäfts hat die Gesellschaft im Jahresabschluss eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe von TEUR 41 (i. Vj. TEUR 202) gebildet.

Zur Absicherung von **Fremdwährungsrisiken** aus den künftig erwarteten Zahlungseingängen in US-Dollar und in Britischen Pfund (GBP) insgesamt sieben Devisentermingeschäfte abgeschlossen.

Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2013 sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Lfd. Nr.	Kontraktabschluss	Absicherungsbetrag	Absicherungskurs zum EUR	Fälligkeitstag/Ausübungsfrist	Marktwert
1	20.12.13	USD 900.000	1,3685	30.04.2014	5.058,70
2	20.12.13	USD 450.000	1,3685	30.05.2014	2.375,20
3	20.12.13	USD 500.000	1,3690	30.09.2014	2.591,82
4	20.12.13	USD 450.000	1,4055	31.12.2014	-2.555,72
5	20.12.13	GBP 350.000	0,8388	31.01.2014	-2.472,20
6	20.12.13	GBP 350.000	0,8410	31.10.2014	-2.354,15
7	20.12.13	GBP 175.000	0,8418	30.12.2013	-1.184,45

Für die Devisentermingeschäfte mit negativem Zeitwert wurde im Jahresabschluss eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von TEUR 9 gebildet.

Das Wahlrecht zur bilanziellen Abbildung einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB wurde im Hinblick auf alle Finanzinstrumente nicht in Anspruch genommen.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 2.206 (im Vorjahr TEUR 1.479) resultieren ausschließlich aus Beratungsleistungen gemäß dem am 16. Mai 2006 mit der FP GmbH abgeschlossenen und in der Folge jährlich verlängerten Dienstleistungsvertrag. Alle Umsätze wurden im Inland erzielt.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 1.121 (im Vorjahr TEUR 614) beinhalten realisierte Währungsgewinne in Höhe von TEUR 476 (im Vorjahr TEUR 346), Erträge aus Schadensersatzforderung Versicherung in Höhe von TEUR 587 (im Vorjahr EUR 0) sowie Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 18 (im Vorjahr TEUR 21).

3. Personalaufwand

	2013 TEUR	2012 TEUR
Löhne und Gehälter	2.863	1.678
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	396	281
(davon für Altersversorgung)	(1)	(1)
	3.259	1.959

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2013 TEUR	2012 TEUR
Rechts- und Beratungskosten	1.106	1.412
Währungsverluste	219	344
sonstige Personalkosten	170	83
Reisekosten	140	145
Aufsichtsratsvergütung	113	93
Mieten/Pachten/Leasing	76	71
Sach- und Dienstleistungskosten	74	91
Werbungskosten	68	30
Versicherungen	41	49
Bewirtungskosten	38	15
Nebenkostengeldverkehr	35	22
Beiträge/Gebühren	23	29
Nachrichtenübermittlungskosten	19	19
Spenden	18	5
Instandhaltung	13	11
Zuführung Rückstellungen	9	0
Konzernumlage	7	0
Büromaterial/Zeitschriften/Bücher	3	6
Lizenzkosten/Fremdkosten der Datenverarbeitung	3	0
Fracht/Verpackung	2	14
Personalleasing	0	25
	2.177	2.464

Hierin enthalten waren periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 1 (im Vorjahr TEUR 5).

5. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen

Die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen entfallen auf den auf Grund eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags übernommenen Gewinn der Francotyp-Postalia GmbH.

6. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 1.750 (im Vorjahr TEUR 1.850) entfallen ausschließlich auf verbundene Unternehmen.

7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinserträge in Höhe von TEUR 114 (im Vorjahr 69) entfallen mit TEUR 110 im Wesentlichen auf verbundene Unternehmen (im Vorjahr TEUR 69) und sonstige Erträge aus Auf- und Abzinsungen TEUR 4 (im Vorjahr EUR 0)

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In den Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 2.118 (im Vorjahr TEUR 2.607) sind Zinsen an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 77 (im Vorjahr TEUR 148) enthalten. Durch neuen Konsortialdarlehensvertrag vom 25. Juni 2013 ist die FP Holding AG mit der

FP GmbH gesamtschuldnerisch Darlehensnehmerin geworden. Sie hat bisher allein die Konzernfinanzierung übernommen.

Neben den Darlehenszinsen bestehen Aufwendungen aus Aufzinsung in Höhe von TEUR 25 (im Vorjahr TEUR 25).

9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand enthält in Höhe von TEUR 201 (im Vorjahr TEUR 154) periodenfremde Steueraufwendungen.

V. Sonstige Angaben

1. Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt neben zwei Vorständen 23 Mitarbeiter (im Vorjahr 16 Mitarbeiter).

2. Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand der FP Holding bestand im Berichtszeitraum 2013 wie auch im Vorjahr 2012 aus zwei Personen, wobei es im Berichtsjahr zu einem Wechsel kam. Herr Thomas Grethe löste Herrn Andreas Drechsler als Vorstand zuständig für Vertrieb ab.

Dem Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG nach stellen sich die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder wie folgt dar:

Name	Bestellung	Ende der Bestellung	Zuständigkeitsbereiche
Hans Szymanski, Diplom-Ökonom	Dezember 2008	Dezember 2014; vor- zeitig ver- längert bis Dezember 2016	<ul style="list-style-type: none"> • Strategische Geschäftsentwicklung • Produktion/Logistik/Einkauf • Qualitätsmanagement • Entwicklung • Informationstechnik • Compliance • Personal/Recht • Finanzen/Controlling/Rechnungs- wesen
Thomas Grethe Bankkaufmann und Betriebswirt	Juni 2013	Juni 2016	<ul style="list-style-type: none"> • Vertrieb Deutschland/International • Strategische Geschäftsentwicklung • Produktmanagement • Marketing/Brand Management • Corporate Communication • Interne Revision
Andreas Drechsler, Diplom-Kaufmann	Februar 2009	Juni 2013	<ul style="list-style-type: none"> • Vertrieb Deutschland/International • Strategische Geschäftsentwicklung • Produktmanagement • Marketing/Brand Management • Corporate Communication • Interne Revision

Seit dem 1. Januar 2011 ist Herr Szymanski Vorstandssprecher.

Die Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2013 außerhalb des FP-Konzerns in keinen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder vergleichbaren in- oder ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen vertreten.

Folgende Übersicht zeigt die Mitglieder des Aufsichtsrates der Francotyp-Postalia Holding AG mit ihren Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft und mit sonstigen Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsratsmandaten bzw. Mandaten bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Name	Berufliche Tätigkeit	Sonstige Verwaltungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Mandate bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien
Klaus Röhrig (Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 1. April 2013; Vorsitzender seit 9. April 2013)	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter der Mercury Capital Unternehmensberatungs- GmbH, Wien, Österreich 	<ul style="list-style-type: none"> • keine
Dr. Claus C. R. Gerckens (Vorsitzender des Aufsichtsrats vom 27. Juni 2012 bis 9. April 2013; stellvertretender Vorsitzender vom 9. April 2013 bis 27. Juni 2013)	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafter-Geschäftsführer der GVG Industrieverwaltungs GmbH, Augsburg • Geschäftsführer der Vermögensverwaltung Königsdorf GmbH, Augsburg • Gesellschafter-Geschäftsführer der Butenfeld Vermögensverwaltungs GmbH, Augsburg 	<ul style="list-style-type: none"> • Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der International School Augsburg – ISA - gGmbH, Augsburg
Robert Feldmeier (Mitglied des Aufsichtsrats seit 28. Juli 2012; stellvertretender Vorsitzender seit 27. Juni 2013)	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführer der Unigloves GmbH, Siegburg • Geschäftsführer der Unigloves Service und Logistik GmbH, Troisdorf • Unigloves Arzt-und Klinikbedarfshandels Gesellschaft mbH, Troisdorf-Spich 	
Felix Hölzer (Mitglied des Aufsichtsrats vom 27. Juni 2012 bis 31. März 2013, stellvertretender Vorsitzender vom 31. Juli 2012 bis 31. März 2013)	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter des Investmentunternehmens Novum Capital Beratungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main • Geschäftsführer der Novum Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main • Geschäftsführer der ES-Plastic GmbH, Passau • Geschäftsführer der ES-Plastic Verwaltungsgesellschaft mbH • Geschäftsführer der E.S.-Plastik Grundstücksverwaltungs GmbH 	

<p>Botho Oppermann (Mitglied des Aufsichtsrats seit 27. Juni 2013)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions Nord UG (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg • Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions Süd UG (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg • Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions Ost UG, (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg • Geschäftsführender Gesellschafter der Internet Business Solutions West UG, (haftungsbeschränkt), Wentorf bei Hamburg 	<ul style="list-style-type: none"> • Präsident des Verwaltungsrates der Internet Business Solutions AG, Boppelsen, Schweiz • Aufsichtsrat der ID Information und Dokumentation im Gesundheitswesen GmbH & Co. KGaA, Berlin • Verwaltungsrat der ID Suisse AG, St. Gallen, Schweiz • Verwaltungsrat der HCG Holding AG, Zug, Schweiz
--	--	---

Gesamtbezüge von Vorstand und Aufsichtsrat

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Vergütung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2013. Diese umfasst nach DRS 17 die direkt oder indirekt geleisteten Vergütungsbestandteile. Der beizulegende Zeitwert der aktienbasierten Vergütung (Stock Options Tranche 2010) ist in Übereinstimmung mit DRS 17 bereits im Jahr der Gewährung der Zusage - im Geschäftsjahr 2010 - in den Gesamtbezügen ausgewiesen worden. Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte keine neue Gewährung von Stock Options. Der im Geschäftsjahr 2013 gewährte Langfristbonus als nicht aktienbasierte Vergütung wird erst mit Eintritt der langfristigen Bedingungen im Vergütungsbericht gem. DRS 17 erfasst werden. Aufwandsbezogen sind im Jahresabschluss 2013 sowohl der Langfristbonus für Herrn Grethe in Höhe von TEUR 13,0 als auch jeweils die variable einjährige Vergütung in Höhe der wahrscheinlichen Zielerreichung erfolgswirksam erfasst worden.

In Bezug auf den Vergütungsbericht gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 4 Satz 1 HGB verweisen wir auf den Konzernlagebericht. Gem. DRS 17 stellt sich die Gesamtvergütung wie folgt dar:

		Herr Szymanski			
		2010	2011	2012	2013
1. Erfolgsunabhängige Komponente	Festvergütung	168	203	240	253
	Nebenleistungen	11	11	15	11
Summe:		179	214	255	265
2. Erfolgsbezogene Komponente					
2.1 ohne langfristige Anreizwirkung	<i>Einjährige variable Vergütung:</i>	128	44	30	80 ¹
2.2 mit langfristiger Anreizwirkung	<i>Mehrjährige variable Vergütung:</i>				
	<i>Stock Options Plan 2010</i>	213	0	0	0
	<i>Langzeitbonus</i>	0	0	0	0
Summe:		341	44	30	80
Versorgungsaufwand	Versorgungsaufwand	76	76	76	76
Gesamtvergütung	Gesamtsumme	596	334	361	420

		Herr Grethe (Vorstandsmitglied ab 15. Juni 2013)	
		2012	2013
3. Erfolgsunabhängige Komponente	Festvergütung	0	119
	Nebenleistungen	0	6
Summe:		0	125
4. Erfolgsbezogene Komponente			
4.1 ohne langfristige Anreizwirkung	<i>Einjährige variable Vergütung:</i>	0	20
4.2 mit langfristiger Anreizwirkung	<i>Mehrjährige variable Vergütung:</i>		
	<i>Stock Options Plan 2010</i>	0	0
	<i>Langzeitbonus²</i>	0	0
Summe:		0	20
Versorgungsaufwand	Versorgungsaufwand	0	2
Gesamtvergütung	Gesamtsumme	0	147

¹ im Geschäftsjahr 2013 zusätzlich periodenfremder Aufwand i.H.v. TEUR 50 erfasst

² nicht aktienbasierte Vergütungen werden nach DRS 17 in der Gesamtvergütung erfasst, wenn die an die Zusage geknüpfte Bedingung erfüllt sind, aufwandswirksam wurden im Jahresabschluss 2013 eine Rückstellungen in Höhe der wahrscheinlichen Zielerreichung berücksichtigt (TEUR 13).

Für das im Geschäftsjahr 2013 ausgeschiedene Vorstandsmitglied ergibt sich folgende anteilige Vergütung:

		Herr Drechsler (Vorstandsmitglied bis zum 3. Juni 2013)			
		2010	2011	2012	2013
5. Erfolgsunabhängige Komponente	Festvergütung	152	177	210	224
	Nebenleistungen	15	15	18	15
	Summe:	167	192	228	239
6. Erfolgsbezogene Komponente					
6.1 ohne langfristige Anreizwirkung	<i>Einjährige variable Vergütung:</i>	128	44	30	42
6.2 mit langfristiger Anreizwirkung	<i>Mehrjährige variable Vergütung:</i>				
	<i>Stock Options Plan 2010</i>	213	0	0	0
	<i>Langzeitbonus</i>	0	0	0	0
	Summe:	341	44	30	42
Versorgungsaufwand	Versorgungsaufwand	76	76	76	76
Gesamtvergütung	Gesamtsumme	584	312	334	357

Von der im Geschäftsjahr 2010 gewährten aktienbasierten Vergütungen aus dem Aktienoptionsplan 2010 entfielen auf Herrn Szymanski und Herrn Drechsler jeweils TEUR 213 bzw. jeweils 180.000 Optionen. Im Zeitraum bis zum 31. Dezember 2013 wurden keine weiteren Optionen gewährt. Der Ausübungszeitpunkt für die Optionen beginnt im Geschäftsjahr 2014.

Die in den obigen Tabellen als Versorgungsaufwand ausgewiesenen Beträge sind Zuschüsse zur Altersvorsorge und Teil der an die Vorstände gezahlten fixen Entgelte.

Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Vorgaben anzusetzenden Werten aus der Dienstwagennutzung.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den aktiven Vorstandsmitgliedern sind wie im Vorjahr nur unwesentliche Beträge zurückgestellt (2013: TEUR 3; 2012: TEUR 2).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Francotyp-Postalia Holding AG sind zum 31. Dezember 2013 TEUR 426 (im Vorjahr TEUR 380) bilanziert.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält neben dem Ersatz seiner baren Auslagen und seiner ihm für die Aufsichtsrats­tätigkeit etwa zur Last fallenden Umsatzsteuer geschäftsjährlich eine feste im letzten Monat des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von TEUR 30. Für den Vorsitzenden beträgt die feste Vergütung ab dem Geschäftsjahr 2009 150 % und für seinen Stellvertreter 125 % der Vergütung für das normale Aufsichtsratsmitglied.

Die Festvergütung des Aufsichtsrats betrug für das Geschäftsjahr 2013 TEUR 113 (im Vorjahr TEUR 93).

3. Als Aufwand erfasste Honorare für den Abschlussprüfer

Die Hauptversammlung hat, basierend auf einer Empfehlung des Aufsichtsrats, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zur Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2013 gewählt. Die für Dienstleistungen der Abschlussprüferin als Aufwand angefallenen Vergütungen werden gem. § 285 Nr. 17 HGB im Konzernanhang ausgewiesen.

4. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Angabepflichtige Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen fanden zwischen der FP Holding AG und dem Aufsichtsrat sowie dem Vorstand in Form von Vergütungen statt.

Wie im Vorjahresvergleichszeitraum stand die Francotyp-Postalia GmbH in 2013 im Vertragsverhältnis mit der abcfinance GmbH, Köln. Angabegemäß ist Frau Dr. Barbara Gerckens Gesellschafterin (Kommanditistin) der Muttergesellschaft der abcfinance GmbH, der Wilh. Werhahn KG, Neuss. Frau Dr. Gerckens ist die Ehefrau von Dr. Claus Gerckens, der bis zum 27. Juni 2013 Aufsichtsrat der FP Holding war. Das Geschäftsvolumen belief sich 2013 auf TEUR 3.405 (im Vorjahr TEUR 540). Die Verbindlichkeiten aus diesen Geschäften betragen per 31. Dezember 2013 TEUR 2.782 (im Vorjahr TEUR 532)

5. Konzernabschluss

Für die Francotyp-Postalia Holding AG wird ein Konzernabschluss erstellt. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und bekannt gemacht.

6. Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG haben eine Erklärung zum Corporate Governance Kodex nach § 161 AktG abgegeben und diese Erklärung auf der Internetseite der Gesellschaft (<http://fp-francotyp.com/docs/unternehmen-corporate-governance/fph-erklaerung-zur-unternehmensfuehrung-2013.pdf?sfvrsn=0>) dauerhaft zugänglich gemacht.

7. Aktionärsstruktur

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat im Geschäftsjahr 2013 von ihren Anteilseignern gemäß § 21 Abs. 1 WpHG folgende Mitteilungen erhalten und gemäß § 26 Abs. 1 WpHG und § 26a WpHG veröffentlicht:

Veröffentlichung vom 9. Januar 2013

Die 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27. Dezember 2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 20. Dezember 2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

Die Tamolino Import & Advisory LP, Limassol, Zypern hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27. Dezember 2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 20. Dezember 2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

10,27 % der Stimmrechte (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd. zuzurechnen.

Die Tamolino Investments Ltd., Limassol, Zypern hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27. Dezember 2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 20. Dezember 2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

10,27 % der Stimmrechte (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd. über die Tamolino Import & Advisory LP zuzurechnen.

Herr Klaus Röhrig, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27. Dezember 2012 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 20. Dezember 2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

10,27 % der Stimmrechte (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) sind Herrn Klaus Röhrig gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd. über die Tamolino Import & Advisory LP und die Tamolino Investments Ltd. zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 18. Januar 2013

Die ARGOS FUNDS SICAV, Luxemburg, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 18. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 26. April 2012 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,09 % (das entspricht 500.000 Stimmrechten) betragen hat.

Die ARGOS INVESTMENT MANAGERS SA, Meyrin, Schweiz hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 18. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 26. April 2012 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,09 % (das entspricht 500.000 Stimmrechten) betragen hat. 3,09 % der Stimmrechte (das entspricht 500.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 6 WpHG von der ARGOS FUNDS SICAV zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 21. Januar 2013 gemäß § 27a WpHG

Die 3R Investments Ltd, Limassol, Zypern, die Tamolino Import & Advisory LP, Limassol, Zypern, die Tamolino Investments Ltd., Limassol, Zypern und Herr Klaus Röhrig, Wien, Österreich haben uns gemäß § 27a WpHG am 18. Januar 2013 im Zusammenhang ihrer Mitteilung gemäß § 21 Abs. 1 WpHG und der Überschreitung der 10 %-Schwelle der Stimmrechtsanteile vom 27. Dezember 2012 ihre Investorenerklärung übersandt.

Ziele des Erwerbs der Stimmrechte gemäß § 27a Abs. 1 Satz 3 WpHG

1. Der Erwerb von Stimmrechten durch die Mitteilenden erfolgt zum Zweck eines längerfristigen Investments und dient der Umsetzung strategischer Ziele. Als Finanzinvestoren streben die Mitteilenden ferner zu einem späteren Zeitpunkt eine Veräußerung ihrer Beteiligung an der Francotyp-Postalia Holding AG an.

2. Die Mitteilenden beabsichtigten, innerhalb der nächsten zwölf Monate bei geeigneten Marktkonditionen weitere Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG durch Erwerb oder auf sonstige Weise zu erlangen.

3. Die Mitteilenden streben eine der Bedeutung ihrer Beteiligung an der Francotyp-Postalia Holding AG entsprechende Repräsentation im Aufsichtsrat der Gesellschaft an. Eine Veränderung der Besetzung des Vorstands wird derzeit nicht angestrebt.

4. Die Mitteilenden streben keine wesentliche Änderung der Kapitalstruktur der Francotyp-Postalia Holding AG, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Eigen- und Fremdfinanzierung an. Langfristig wird die Zahlung einer Dividende angestrebt.

Herkunft der zum Kauf der Stimmrechte verwendeten Mittel gemäß § 27a Abs. 1 Satz 4 WpHG

Die Mitteilenden haben teilweise Eigenmittel und teilweise Fremdmittel zur Finanzierung des Erwerbs der Stimmrechte verwendet.

Veröffentlichung vom 31. Januar 2013

Die LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 30. Januar 2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,95 % (das entspricht 800.000 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 1. Februar 2013

Die Amiral Gestion, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 30. Januar 2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,35 % (das entspricht 703.651 Stimmrechten) betragen hat.

Gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 6 WpHG halten Sextant grand Large und Sextant PEA (Mutual funds) direkt 3 % oder mehr der Stimmrechte, die der Amiral Gestion zugerechnet werden.

Veröffentlichung vom 7. Februar 2013

Die HANSAINVEST GmbH, Hamburg, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 6. Februar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547,179 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 4. Februar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die AMIRAL GESTION, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31. Januar 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Bir-

kenwerder, Deutschland am 30. Januar 2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,35 % (das entspricht 703.651 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die AMIRAL GESTION, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 30. Januar 2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,35 % (das entspricht 703.651 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 11. Februar 2013

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft 3,39% (547.179 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr betragen, gehalten: HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind der SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft 3,39 % (547.179 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr betragen, gehalten: SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 31. Januar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind der IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe 3,39 % (547.179 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr betragen, gehalten: SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Veröffentlichung vom 19. Februar 2013

Die LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 15. Februar 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,48 % (das entspricht 400.000 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 28. März 2013

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 25. März 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 25. März 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 25. März 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Zusatz zu den Stimmrechtsmitteilungen: Aufgrund der seit dem 25. März 2013 geltenden Unabhängigkeitserklärung für die HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH werden die Stimmrechte nicht mehr zugerechnet.

Veröffentlichung vom 28. März 2013

Die AMIRAL GESTION, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 28. März 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,67 % (das entspricht 430.839 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 29. Mai 2013

Die Ludic GmbH, Bad Oldesloe, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 24. Mai 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,51 % (das entspricht 566.882 Stimmrechten) betragen hat.

Herr Tom Hiss, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 24. Mai 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,51 % (das entspricht 566.882 Stimmrechten) betragen hat.

3,51 % der Stimmrechte (das entspricht 566.882 Stimmrechten) sind Herrn Tom Hiss gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der Ludic GmbH zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 5. Juni 2013

Herr Axel Sven Springer, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 3. Juni 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,13 % (das entspricht 505.988 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 1. Juli 2013

Herr Thomas Lange, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 26. Juni 2013 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 7,02 % (das entspricht 1.134.688 Stimmrechten) betragen hat.

Davon waren ihm 7,02 % der Stimmrechte (das entspricht 1.134.688 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen. Von folgenden Aktionären, deren Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr beträgt, wurden ihm dabei Stimmrechte zugerechnet: Axel Sven Springer.

Herr Thomas Lange teilte uns ferner mit, dass er gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG i. V. m. § 22 Abs. 4 WpHG nur zur Ausübung der Stimmrechte für die Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 27. Juni 2013 bevollmächtigt war. Sein Gesamtstimmrechtsanteil nach der Hauptversammlung beträgt 0 % (entspricht 0 Stimmrechten).

Veröffentlichung vom 25. Juli 2013

Die Scherzer & Co. AG, Köln, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23. Juli 2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 22. Juli 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,02 % (das entspricht 488.486 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 21. August 2013

Die Saltarax GmbH, Hamburg, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 8. August 2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,59 % (das entspricht 580.706 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 24. Januar 2014

Die Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 21. Januar 2014 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,87 % (das entspricht 463.990 Stimmrechten) betragen hat.

Birkenwerder, 31. März 2014

Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG

Hans Szymanski
Vorstandssprecher

Thomas Grethe
Vorstand

Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2013

Anschaffungskosten				
	1.1.2013	Zugänge	Abgänge	31.12.2013
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	148	0	0	148
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	466	0	0	466
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	54	10	0	64
	520	10	0	530
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	29.417	0	0	29.417
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	47.273	32.000	26.150	53.123
	76.690	32.000	26.150	82.540
	77.358	32.010	26.150	83.218

Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte	
Abschreibungen				
des				
1.1.2013	Geschäftsjahres	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
144	2	146	2	4
15	12	27	439	451
34	6	40	24	20
49	18	67	463	471
20.457	0	20.457	8.960	8.960
0	0	0	53.123	47.273
20.457	0	20.457	62.083	56.233
20.650	20	20.670	62.548	56.708

Francotyp-Postalia Holding AG
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

1. Grundlagen der FP Holding AG	2
1.1 Geschäftstätigkeit	2
1.2 Organisation	2
1.2.1 Struktur	2
1.2.2 Leitung und Kontrolle	3
1.3 Steuerung	3
1.3.1 Steuerungssystem	3
1.3.2 Finanzielle Leistungsindikatoren	4
1.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	4
1.4.1 Mitarbeiter	4
1.4.2 Umwelt- und Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement	4
2. Wirtschaftsbericht	5
2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	5
2.2 Geschäftsverlauf	6
2.2.1 Finanzielle Leistungsindikatoren	6
2.2.2 Entwicklung wesentlicher Posten der Ertragslage	7
2.3 Finanzlage	8
2.4 Vermögenslage	9
2.5 Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten Geschäftsverlauf der Francotyp-Postalia Holding AG	10
2.6 Gesamtaussagen zum Geschäftsverlauf	10
3. Nachtragsbericht	10
4. Risiko- und Chancenbericht	11
4.1 Risiko- und Chancenmanagementsystem	11
4.2 Einzelrisiken	12
4.2.1 Liquiditätsrisiko	12
4.2.2 Risiken im Zusammenhang mit der Beteiligungsbewertung	13
4.2.3 Zinsänderungsrisiko	14
4.3 Gesamtaussage zur Risikosituation	14
4.4 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	14
4.5 Chancen	16
5. Prognosebericht	18
5.1 Künftige gesamt- und branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen	18
5.2 Künftige Entwicklung	18
6. Sonstige Angaben	19
6.1 Erläuternder Bericht des Vorstands gemäß § 289 Abs. 4 HGB	19
6.2 Vergütungsbericht gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB	27
6.3 Erklärung zur Unternehmensführung	35
6.4 Grundsätzliche Informationen über den Aufbau der Unternehmensführung und die zugrundeliegenden Regeln Erklärung zur Unternehmensführung	37

1. Grundlagen der FP Holding AG

1.1 Geschäftstätigkeit

Die Francotyp-Postalia Holding AG (im Folgenden auch FP AG oder Gesellschaft genannt) mit Hauptsitz in Birkenwerder bei Berlin ist die Management-Holding und die Muttergesellschaft für den Francotyp-Postalia Konzern.

Die Francotyp-Postalia Holding AG ist indirekt über ihre Tochter- und Enkelgesellschaften ein Komplettanbieter für die Briefkommunikation. Angesichts der sich wandelnden Postmärkte hat sich die Gesellschaft von einem Hersteller von Frankiermaschinen zu einem Multi-Channel-Anbieter entwickelt. Die FP AG kann alle Versandkanäle rund um den Brief bedienen – vom Frankieren und Kuvertieren eines physischen Briefs über die Konsolidierung bis hin zur Hybrid-Mail und dem vollelektronischen Versand über De-Mail. Zielgruppe sind Unternehmenskunden jeder Größenordnung, die bei Francotyp-Postalia sämtliche Produkte sowie Dienstleistungen für eine einfache und kostengünstige Briefkommunikation finden.

Durch die Tochtergesellschaften freesort GmbH, iab und Mentana-Claimsoft GmbH werden den Kunden in Deutschland zudem auch Sortier- und Konsolidierungsdienstleistungen sowie Hybrid-Mail-Produkte und Produkte zur vollelektronischen Kommunikation angeboten.

Der Vertrieb im Ausland erfolgt über zehn eigene Tochtergesellschaften in den wichtigsten Märkten sowie einem dichten Händlernetzwerk in rund 40 Ländern.

Seit dem 1. Januar 2007 beschäftigt die FP AG eigenes Personal. Zum 31. Dezember 2013 waren für die FP AG neben den zwei Vorständen insgesamt vierundzwanzig Mitarbeiter tätig (im Vorjahr sechzehn Mitarbeiter).

Die Francotyp-Postalia Holding AG nimmt im Wesentlichen Aufgaben einer klassischen Management-Holding wahr. Da sie selbst kein operatives Geschäft ausübt, ist die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft abhängig von den Ergebnisbeiträgen der Tochtergesellschaften. Vor diesem Hintergrund leiten sich die finanziellen Leistungsindikatoren der FP Holding AG aus denen der Konzerntochtergesellschaften ab. Deren finanziellen Leistungsindikatoren sind Umsatz, EBITDA, EBIT, Free Cash Flow und Nettoverschuldung. Für die FP Holding AG stehen im Wesentlichen die Kennzahlen EBITDA und Nettoverschuldung im Fokus.

Quantitative Informationen über nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden für Steuerungszwecke derzeit nicht erhoben, stattdessen werden nachfolgend qualitative Angaben ausgeführt.

1.2 Organisation

1.2.1 Struktur

Die Francotyp-Postalia Holding AG ist die Muttergesellschaft des FP-Konzerns. Ihr untergeordnet sind die deutschen Tochtergesellschaften Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder (FP GmbH), FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, freesort GmbH, Düsseldorf (freesort) sowie FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge an der die Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 100 % hält. An der Mentana-Claimsoft GmbH, Fürstenwalde ist die Francotyp-Postalia Holding AG mit 75,5 % und an der iab – internet access GmbH lilitbit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik (iab) mit 51 % beteiligt. Die Francotyp-Postalia GmbH hält direkt oder indirekt Anteile an weiteren wesentlichen

Tochtergesellschaften, die in der folgenden Tabelle dargestellt sind. An diesen wesentlichen Gesellschaften ist die Francotyp-Postalia Holding AG indirekt beteiligt:

<u>Name der Gesellschaft</u>	<u>Sitz der Gesellschaft</u>	<u>Anteile in %</u>
Francotyp-Postalia Inc.	Addison (IL), USA	100
Francotyp-Postalia Vertrieb & Service GmbH	Birkenwerder, Deutschland	100
Ruys Handelsvereniging B. V.	Den Haag, Niederlande	100
Francotyp-Postalia Ltd.	Dartford, Großbritannien	100

Zwischen der FP Holding AG und der Francotyp-Postalia GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Die FP GmbH hält ebenfalls unmittelbar und mittelbar Anteile an operativ tätigen Gesellschaften des FP-Konzerns, übernimmt Managementaufgaben sowie wesentliche Entwicklungstätigkeiten für den FP-Konzern. Die FP Holding AG selbst erbringt für die FP GmbH Leistungen aus den Bereichen des strategischen Managements, insbesondere der Geschäftsfeldentwicklung, Finanzierung und Kapitalbeschaffung.

1.2.2 Leitung und Kontrolle

Die Geschäfte des FP-Konzerns führt ein zweiköpfiger Vorstand. Hans Szymanski ist Vorstandssprecher und für strategische Geschäftsentwicklung, Produktion/Logistik/Einkauf, Qualitätsmanagement, Entwicklung, Informationstechnik, Compliance, Personal/Recht und Finanzen/Controlling/Rechnungswesen zuständig. In der Nachfolge von Andreas Drechsler verantwortet Thomas Grethe seit dem 15. Juni 2013 die Bereiche Vertrieb Deutschland/International, strategische Geschäftsentwicklung, Produktmanagement, Marketing/Brand Management, Corporate Communication und Interne Revision. Beide arbeiten eng mit einem Team von Führungskräften zusammen, das regelmäßig zu Sitzungen zusammenkommt bzw. sich in Telefonkonferenzen austauscht. Ein dreiköpfiger Aufsichtsrat überwacht die Tätigkeit des Vorstands und berät diesen. Innerhalb des Aufsichtsrats kam es im abgelaufenen Geschäftsjahr zu Veränderungen, über die der Bericht des Aufsichtsrats sowie der Corporate-Governance-Bericht näher informieren. Zum 31. Dezember 2013 gehörten ihm die folgenden Mitglieder an: Klaus Röhrig (Vorsitzender), Robert Feldmeier (stellvertretender Vorsitzender), Botho Oppermann.

1.3 Steuerung

1.3.1 Steuerungssystem

Der Vorstand nutzt ein konzernweites Reporting-System sowie eine strategische Konzernplanung als Steuerungsinstrumente. Die strategische Planung umfasst drei Jahre und wird jährlich während des Budgetprozesses aktualisiert sowie gegebenenfalls auch unterjährig angepasst.

Monatlich berichten alle Geschäftseinheiten und Tochterunternehmen im Rahmen des konzernweiten Reportings über ihre Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage, die konsolidiert in die Quartals- und Geschäftsberichte des Konzerns eingehen. Zudem geben die Segmente monatlich eine Einschätzung der aktuellen und voraussichtlichen Geschäftsentwicklung ab.

Darüber hinaus gewährleisten im Wesentlichen folgende Komponenten des konzerninternen Steuerungssystems die Erreichung der Ziele auch bezogen auf die FP AG:

- regelmäßige Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen,
- regelmäßige Sitzungen aller internationalen und nationalen Führungskräfte,
- Risiko- und Chancenmanagement,
- Liquiditätsplanung,
- Monatsberichte der Segmente,
- Interne Revision und
- Qualitätsmanagement.

1.3.2 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren der Francotyp-Postalia Holding AG leiten sich aus den Leistungsindikatoren des FP-Konzerns ab. Die Steuerung erfolgt über die folgenden Kennzahlen:

- Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen,
- EBIT und
- Nettoverschuldung¹

Damit stellt die Gesellschaft sicher, dass Entscheidungen immer das Spannungsfeld zwischen Wachstum, Profitabilität und Liquidität ausreichend berücksichtigen.

1.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Quantitative Informationen über die wesentlichen nicht finanziellen Leistungsindikatoren wurden für Steuerungs- und Berichterstattungszwecke im Geschäftsjahr 2013 ganzjährig nicht erhoben, insofern werden nachfolgend für das Geschäftsjahr 2013 qualitative Angaben ausgeführt.

1.4.1 Mitarbeiter

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen den Erfolg aus. Ihre Identifikation mit FP und ihr Engagement für die gesetzten Ziele sind die Grundlage für einen langfristigen Unternehmenserfolg. Die Potenziale der Mitarbeiter werden durch ein hohes Maß an Eigenverantwortung gefordert und gefördert.

1.4.2 Umwelt- und Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement

Die FP AG ist einem verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen und dem Schutz der Umwelt verpflichtet. Sie sieht dies als Teil der Verantwortung, die sie für Mitarbeiter, Kunden, Partner und Nachbarn übernimmt.

Bereits 2010 erweiterte die Francotyp-Postalia Holding AG ihr Qualitätsmanagementsystem um ein zertifiziertes **Umweltmanagementsystem** nach ISO 14001. Im letzten Jahr wurde das integrierte Managementsystem um das Arbeits- und Gesundheitsschutzsystem nach OHSAS 18001 ergänzend zertifiziert. Die FP AG ist danach stets bestrebt, das Umwelt- und Arbeitsschutzmanagement weiter zu verbessern und so den Nachhaltigkeitsgedanken in allen Geschäftsbereichen zu verankern.

¹ Die Nettoverschuldung ist der Saldo aus den Finanzverbindlichkeiten abzüglich der finanziellen Mittel.

Die Einhaltung von Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz sind für den gesamten FP-Konzern wichtige Führungsaufgaben. Ein integriertes Managementsystem stellt sicher, dass diese Aufgaben in allen betrieblichen Funktionen und Ebenen umgesetzt werden. Ein Managementsystem lässt sich nur mit Hilfe engagierter und überzeugter Mitarbeiter mit Leben füllen. Deshalb schafft und erhält der FP-Konzern durch geeignete Informationen und Schulungen das nötige Umwelt- und Sicherheitsbewusstsein seiner Mitarbeiter.

Im Umwelt- und Arbeitsschutzmanagementsystem sind die Verantwortlichkeiten, die entsprechenden Verfahren sowie Abläufe zur kontinuierlichen Verbesserung aus betrieblicher Tätigkeit festgelegt. Es soll die Abläufe in ökologischer und humaner Hinsicht optimieren und ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen sowie ein entsprechendes Handeln bei allen Mitarbeitern schaffen.

Auch in der Produktentwicklung spielt das Thema Umweltschutz und Schonung der Ressourcen eine große Rolle. Bereits 2009 brachte der FP-Konzern das erste Frankiersystem mit GOGREEN-Funktionalität auf den Markt und unterstützt damit das Klimaschutzprogramm der Deutschen Post; letztere erfasst kundenindividuell die CO₂-Emissionen, die beim Transport einer GOGREEN-Sendung entstehen. Auch das neue Frankiersystem PostBase entspricht in vielerlei Hinsicht modernsten Ansprüchen an das umweltbewusste Frankieren. Zu nennen sind hier ein um 8 % reduziertes Gewicht, die Möglichkeit, Bauteile wieder zu verwenden, oder die Kennzeichnung der verwendeten Kunststoffe.

Insbesondere im Bereich des Energieverbrauchs erfüllt die PostBase bereits die strengerer Anforderungen des EnergyStars in der Version 1.2 (Auszeichnung mit dem „Blauen Engel“). Schließlich wurde im Bereich der Verbrauchsmaterialien ein neues Recycling-Konzept entwickelt, sodass Kunden verbrauchte Tintenkartuschen umweltfreundlich entsorgen können.

Eine wichtige Rolle spielt zudem das **Qualitätsmanagement**. Die FP der Francotyp-Postalia Holding AG mit den Unternehmenseinheiten Francotyp-Postalia GmbH, FP Vertrieb- und Service GmbH, FP Direkt GmbH, FP Hanse GmbH, FP InovoLabs GmbH und FP Produktionsgesellschaft mbH erhielt 2013 das bestehende System nach ISO 9001 für weitere drei Jahre rezertifiziert. Dabei bescheinigten die Auditoren den Gesellschaften insbesondere eine positive Entwicklung des Managementsystems und registrierten Stärken in der Transparenz von Aufzeichnungen, vorbeugenden Risikobewertungen und dem Eskalationsmanagement. In der Summe wurde das bereits gelebte hohe Niveau im Qualitäts- und Umweltmanagement von den Auditoren hervorgehoben.

Die Qualitätssysteme der Unternehmenstöchter freesort, iab und Mentana-Claimsoft sind ebenfalls nach ISO 9001 zertifiziert. Die Mentana-Claimsoft ist zusätzlich auf der Basis des IT-Grundschutzes nach ISO 27001, gemäß § 18 Abs. 3 Nr. 4 De-Mail-Gesetz durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit und gemäß De-Mail-Gesetz vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik als De-Mail-Anbieter zertifiziert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im vergangenen Jahr war das Wachstum der Konjunktur weltweit weiterhin robust. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) lag das globale Wirtschaftswachstum 2013 bei 3,0 % im Vergleich zu 3,1 % im Vorjahr. Wachstumsmotor waren erneut die Schwellen- und Entwicklungsländer mit einem Zuwachs von 4,7 %. Die Industrieländer konnten ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,3 % steigern.

In den USA, dem größten Auslandsmarkt des FP-Konzerns, stieg die Wirtschaftsleistung 2013 um 1,9 %, in den Euro-Staaten hingegen verminderte sich das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Während insbesondere die südeuropäischen Staaten weiterhin die Nachwirkungen der Euro-Krise spürten, entwickelte sich 2013 die deutsche Konjunktur vergleichsweise positiv. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts erhöhte sich das BIP in Deutschland, dem Heimatmarkt des FP-Konzerns, im vergangenen Jahr um 0,4 %.

Für den Export des FP-Konzerns spielt das Wechselkursverhältnis zwischen Euro und US-Dollar eine wichtige Rolle. Dieses Kursverhältnis war im vergangenen Jahr von einer hohen Volatilität gekennzeichnet. Nach einem einmonatigen Aufwärtstrend zu Jahresbeginn folgte eine kontinuierliche Abwärtsbewegung bis zum Tiefkurs von 1,28 Dollar Ende März 2013. In den Folgemonaten konnte sich der Euro wieder erholen und erreichte seinen Jahreshöchststand von 1,38 Dollar Ende Oktober 2013. Zum Jahresende 2013 notierte der Euro weiter bei knapp 1,38 Dollar und lag damit sechs Cent über dem Vorjahresendkurs von 1,32 Dollar.

2.2 Geschäftsverlauf

Der Verlauf des vergangenen Geschäftsjahres war für die FP Holding AG erfolgreich. Die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen der Tochtergesellschaften als wesentliche Einflussgröße auf die Ertragslage der FP AG sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Die neue, flexible Produktion in Wittenberge läuft reibungslos. Das neue, innovative Frankiersystem PostBase kommt bei den Kunden gut an; 2013 erfolgte die Einführung in den meisten, wichtigen Absatzmärkten. Auch die digitalen Angebote -und hier allen voran die De-Mail-Lösungen - stoßen bei Kunden auf großes Interesse.

2.2.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die finanziellen Leistungsindikatoren des FP-Konzerns und damit indirekt auch der FP Holding AG sind EBIT und Nettoverschuldung.

Nettoverschuldung

2013 konnte die FP Holding AG die Nettoverschuldung auf TEUR 33.483 reduzieren im Vergleich zu TEUR 34.386 im Jahr 2012, da der positive Cash Flow der Gruppe eine geringere Inanspruchnahme der zur Verfügung stehenden Kreditlinien erlaubte. Die Nettoverschuldung errechnet sich aus den Schulden abzüglich der Finanzmittel. Zu den Schulden zählen die Kreditverbindlichkeiten sowie die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing. In die Finanzmittel werden neben den liquiden Mitteln auch die eigenen Anteile in Höhe und die Wertpapiere einbezogen, wobei die Portoguthaben herausgerechnet werden.

Ergebnisentwicklung (EBIT)

Das operative Ergebnis vor Zinsen und Steuern, das EBIT, beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr TEUR -2.129. Zudem erzielte die Gesellschaft Erträge aus Beteiligungen und Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von TEUR 9.538.

Die FP Holding AG profitierte als Managementholding über die Erträge aus Ergebnisabführungen indirekt an der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung ihrer einzelnen Tochtergesellschaften. Die positive Entwicklung der FP Tochtergesellschaften resultiert unter anderem aus der höheren Effizienz der neuen Produktionsstätte in Wittenberge, welche sich im Geschäftsjahr 2013 erstmalig ganzjährig auf den Geschäftsverlauf ausgewirkt hat.

Wie erwartet, fielen im Geschäftsjahr 2013 für die neu in den Markt gestellten, vermieteten Erzeugnisse und aktivierte Entwicklungsprojekte höhere Abschreibungen als in 2012 an. Dadurch wurde das Ergebnis der jeweiligen FP Gesellschaft belastet. Diese Tatsache führte wiederum dazu, dass die Erträge aus Ergebnisabführungen und somit das EBIT der FP AG nicht noch stärker anstiegen.

2.2.2 Entwicklung wesentlicher Posten der Ertragslage

in TEUR	2013	2012	Veränderung
Umsatzerlöse	2.206	1.479	727
Sonstige betriebliche Erträge	1.121	614	507
Materialaufwand	0	176	-176
Personalaufwand	3.259	1.959	1.300
Abschreibungen und Wertberichtigungen	20	42	22
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.177	2.464	287
Erträge aus Beteiligungen und Ergebnisabführungsverträgen	9.538	6.903	2.635
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.750	1.850	-100
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	114	69	45
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	1.781	-1.781
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.118	2.607	-489
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.155	1.886	5.269
Außerordentliche Aufwendungen	9	9	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.105	940	165
Sonstige Steuern	10	30	20
Jahresüberschuss	6.030	907	5.123

Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse aus Leistungen für die Tochtergesellschaften erhöhten sich um TEUR 727 auf TEUR 2.206 (Vorjahr TEUR 1.479). Der Anstieg der Umsatzerlöse ist bei unveränderten Dienstleistungsfunktionen, welche die FP Holding AG gegenüber den Tochtergesellschaften erbringt, im Wesentlichen auf die Reorganisation der Personalstruktur zurückzuführen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand erhöhte sich gleichlaufend zum Umsatzanstieg um TEUR 1.300 auf TEUR 3.259. Die Ursachen liegen im Anstieg der Anzahl der Mitarbeiter der FP Holding AG (plus acht Mitarbeiter bzw. +50 %) sowie in der gestiegenen Zuführung zu Rückstellungen für Abfindungszahlungen um TEUR 371 und gestiegenen Aufwendungen für Prämien um TEUR 322. Der Anstieg der Aufwendungen für Prämien ist auf die deutliche Verbesserung der Ertragslage der Gesellschaft zurückzuführen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um TEUR 507 auf TEUR 1.121 angestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer Forderung aus Schadensersatzansprüchen gegenüber einer Versicherung in Höhe von TEUR 587.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 287 auf TEUR 2.177 hat sich positiv auf die Ertragslage ausgewirkt. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen die Einsparungen im Bereich der Rechts- und Beratungskosten und rückläufige Währungsverluste.

Abschreibungen

Abschreibungen auf Finanzanlagen wurden im Geschäftsjahr 2013 nicht notwendig. Im Vorjahr betragen die Abschreibungen TEUR 1.781.

Zinsergebnis

Das Zinsergebnis einschließlich der Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens beträgt im Geschäftsjahr 2013 TEUR -255 (Vorjahr TEUR -688). Die Verbesserung des Zinsergebnisses resultiert im Wesentlichen aus den um TEUR 488 bzw. 19 % auf TEUR 2.118 (im Vorjahr TEUR 2.607) gesunkenen Zinsaufwendungen. Ursachen hierfür sind die verbesserten Finanzierungsbedingungen und verringerten Zinsen auf Steuerverbindlichkeiten infolge einer Betriebsprüfung. Gleichzeitig sanken die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens um TEUR 100.

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg im Berichtsjahr um TEUR 5.269. Dieses Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem um TEUR 2.584 gestiegenen Ertrag aus Ergebnisabführungsverträgen.

Steuerergebnis

Aufgrund der Nutzung steuerlicher Verlustvorträge stiegen die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Verhältnis zum Ergebnis vor Steuern nur unwesentlich auf TEUR 1.105 (im Vorjahr TEUR 940).

Jahresüberschuss

Aufgrund der deutlich erhöhten Ergebnisabführungen und einer verbesserten Finanzierungssituation erhöhte sich der Jahresüberschuss der FP Holding AG gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5.123 auf TEUR 6.030 (im Vorjahr TEUR 907).

2.3 Finanzlage

Liquiditätsanalyse

Der Cash Flow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2013 auf TEUR 6.328. Dies spiegelt die verbesserte Ertragslage wider.

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr 2013 TEUR -5.425 und ist im Wesentlichen Ergebnis der angestiegenen Ausleihungen an verbundene Unternehmen (Investitionen in Finanzanlagen).

2013 lag der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit bei TEUR -920. Im Wesentlichen resultiert dies aus höheren Tilgungen von Bankkrediten.

Die FP Holding AG war ganzjährig zum jeden Zeitpunkt in der Lage den fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Zum Bilanzstichtag verfügt die FP Holding AG darüber hinaus über ungenutzte Kreditlinien in Höhe von EUR 8,3 Mio. Die FP-Holding AG hat gemäß dem mit den Banken neu abgeschlossenen Konsortialdarlehensvertrag vier

bestimmte Finanzkennzahlen (Covenants) einzuhalten – siehe hierzu auch Abschnitt Risikobericht. Die zum 31. Dezember 2013 maßgeblichen Finanzkennzahlen wurden eingehalten.

2.4 Vermögenslage

Im Wesentlichen aufgrund erhöhter Ausleihungen und Forderungen an verbundene Unternehmen sowie gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen hat sich die Bilanzsumme um TEUR 9.604 auf TEUR 123.187 im Berichtsjahr erhöht. Gleichzeitig stieg die Eigenkapitalquote leicht um 1,1 % auf 49,7 % an.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind auf TEUR 62.083 (31.12.2012: TEUR 56.233) angestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus den um TEUR 5.850 auf TEUR 53.123 gestiegenen Ausleihungen an die FP GmbH. Im Zusammenhang mit der Ablösung des bestehenden und dem Abschluss des neuen Konsortialdarlehensvertrages wurden auch die Ausleihungen an die FP GmbH erhöht. Damit entsprechen die Finanzanlagen nun 50,4 % (31.12.2012: 49,5 %) der Bilanzsumme bzw. 101,4 % (31.12.2012: 101,9 %) des Eigenkapitals.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen stiegen auf TEUR 55.321 (31.12.2012: TEUR 51.364). Ursache ist der Anstieg der Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen um TEUR 2.584 auf TEUR 9.487 (31.12.2012: TEUR 6.903). Der Anstieg ist vor allem auf die Verbesserung des Ergebnisses der FP GmbH zurückzuführen. Daneben basiert der Anstieg auch auf konzerninterne Verrechnungen (Cash-Pool).

Sonstige Vermögensgegenstände

Im Wesentlichen ist der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände um TEUR 582 auf TEUR 604 auf die Geltendmachung einer Schadensersatzforderung in Höhe von TEUR 587 zurückzuführen.

Aktive latente Steuern

Die Verminderung der aktiven latenten Steueransprüche der FP Holding AG auf Verlustvorträge zum 31. Dezember 2013 um insgesamt TEUR 1.032 resultiert im Wesentlichen aus der diesjährigen Nutzung der Verlustvorträge. Aktive latente Steuern für Verlust- und Zinsvorträge bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 3.470 (im Vorjahr TEUR 4.216).

Eigenkapital

Aufgrund des positiven Ergebnisses im Berichtsjahr hat sich die Eigenkapitalquote bei gestiegenem Fremdkapital nur leicht von 48,6 % auf 49,7 % verbessert.

Zum 31. Dezember 2013 betrug das Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG Euro 16,2 Mio., eingeteilt in 16.160.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien ohne Nennbetrag.

Zum Jahresende 2013 hielt das Unternehmen insgesamt 370.444 Stück eigene Aktien; dies entspricht 2,29 % des Grundkapitals. Weitere Angaben zu genehmigtem und bedingtem Kapital sowie zu Wandel- und Optionsrechten können dem erläuternden

Bericht des Vorstands gemäß § 289 Abs. 4 HGB i. V. m. § 120 Abs. 3 Satz 2 AktG entnommen werden (siehe Pkt. 6.1.).

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind um TEUR 4.198 auf TEUR 24.960 angestiegen, was größtenteils aus den gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber der FP GmbH in Höhe von TEUR 23.538 (im Vorjahr TEUR 20.355) resultiert.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich unter anderem infolge von gestiegenen Aufwendungen für Abfindungen um TEUR 350 auf TEUR 1.084.

2.5 Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten Geschäftsverlauf der Francotyp-Postalia Holding AG

Für 2013 konnte die Gesellschaft ihre Ziele bei den meisten prognostizierten Kennzahlen übertreffen. Die Prognose sah einen Umsatz, der sich ausschließlich aus Geschäften mit Konzerngesellschaften ergibt, von Euro 1,3 Mio. sowie ein EBIT von Euro -2,7 Mio. (ohne Erträge aus Ergebnisabführung) vor. Außerdem prognostizierte das Unternehmen Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von rund Euro 11 Mio..

Im Geschäftsjahr 2013 erwirtschaftete die Gesellschaft einen Umsatz von Euro 2,2 Mio.. Das EBIT ohne Erträge aus Ergebnisabführung stieg auf -2,1 Mio. Euro und die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen auf Euro 9,5 Mio., wobei die geringeren Ergebnisabführungen der Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH infolge des gegenüber der Prognose schwächeren Geschäftsverlaufs in Deutschland vorrangig für die Abweichung gegenüber der Prognose verantwortlich sind.

2.6 Gesamtaussagen zum Geschäftsverlauf

Der Verlauf des vergangenen Geschäftsjahres war für den FP-Konzern und damit auch für die FP Holding AG insgesamt erfolgreich. Die Strategie des Unternehmens beginnt aufzugehen. Die neue, flexible Produktion in Wittenberge läuft reibungslos. Das neue, innovative Frankiersystem PostBase kommt bei den Kunden gut an; 2013 erfolgte die Einführung in den meisten wichtigen Absatzmärkten. Auch die digitalen Angebote und hier allen voran die De-Mail-Lösungen stoßen bei Kunden auf großes Interesse.

Die Initiative Aufbruch 2015 dient dazu, das volle Potenzial des FP-Konzerns in allen Bereichen und Märkten zu entfalten und so die ambitionierten Wachstumsziele für das Jahr 2015 zu realisieren. Das Jahr 2013 hat gezeigt, dass sich der FP-Konzern auf profitablen Wachstumskurs befindet und die Basis für eine erfolgreiche Zukunft gelegt hat.

3. Nachtragsbericht

Im Februar 2014 hat der Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG den bestehenden Vorstandsvertrag mit Hans Szymanski vorzeitig bis zum 31. Dezember 2016 verlängert. Szymanski ist seit Dezember 2008 Vorstand und seit November 2010 Vorstandssprecher des FP-Konzerns. Er verantwortet die Bereiche strategische Geschäftsentwicklung, Produktion/Logistik/ Einkauf, Qualitätsmanagement, Entwicklung, Informationstechnik, Compliance, Personal/Recht und Finanzen/Controlling/Rechnungswesen.

In dem Klageverfahren gegen den ehemaligen Vorstand Heinz-Dieter Sluma ist am 21. März 2014 die Klageerwiderung eingegangen. Eine rechtliche Prüfung des umfangreichen Schriftsatzes hat bisher nicht stattgefunden.

Im Berichtsjahr 2013 erfolgte keine Dividendenausschüttung. Der Vorstand wird dem Aufsichtsrat und der ordentlichen Hauptversammlung 2014 vorschlagen, den Bilanzgewinn von Euro 6.937.894,40 wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung von 0,08 € Dividende je Dividendenberechtigter Stückaktie	1.263.164,48 €
Gewinnvortrag	5.674.729,92 €
Bilanzgewinn	6.937.894,40 €

Darüber hinaus sind nach dem Ende des Geschäftsjahres keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die eine nennenswerte Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage des FP Holding AG gehabt hätten.

4. Risiko- und Chancenbericht

4.1 Risiko- und Chancenmanagementsystem

Grundsätzlich ist die Chancen- und Risikopolitik der FP Holding AG darauf ausgerichtet, den Bestand des Unternehmens nachhaltig zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit kontinuierlich zu verbessern.

Der FP-Konzern hat 2013 seine Entwicklung zum Multi-Channel-Anbieter für Briefkommunikation erfolgreich fortgeführt. Eine entscheidende Voraussetzung hierfür war und ist für die Zukunft ein gut funktionierendes Risiko- und Chancenmanagementsystem, das ermöglicht, Chancen frühzeitig zu erkennen und wahrzunehmen bzw. Risiken frühzeitig zu erkennen und einzugrenzen.

Das Risiko- und Chancenmanagement ist in die wertorientierte Steuerung und die bestehenden Strukturen des FP-Konzerns eingebunden. Es ist aus den strategischen Zielen abgeleitet. Für die frühzeitige und regelmäßige Identifizierung, Bewertung und Nutzung von Chancen ist das operative Management in den Geschäftsbereichen und Tochtergesellschaften verantwortlich. Der Chancenerkennung dienen unter anderem detaillierte Markt- und Wettbewerbsanalysen und Prognoseszenarien sowie die intensive Auseinandersetzung mit relevanten Kostentreibern.

Ein Überwachungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG ist eingerichtet. Dieses System dient der (Früh-)Erkennung bestandsgefährdender Risiken für den FP-Konzern. Mindestens zweimal im Jahr werden alle rechtlichen Risiken, Geschäfts-, Betriebs-, Finanz- und IT-Risiken im FP-Konzern inventarisiert. Alle erfassten Risiken werden nach Maßgabe der möglichen Schadenshöhe und der Eintrittswahrscheinlichkeit danach beurteilt, ob sie bestandsgefährdend sind. Die bestandsgefährdenden Risiken werden gesondert festgehalten und weiter beobachtet.

Da die wirtschaftliche Situation der FP Holding AG stark von den zukünftigen Beteiligungserträgen der Tochtergesellschaften abhängt, existieren die folgenden, marktbezogenen und leistungswirtschaftlichen Risiken der Tochtergesellschaften auch indirekt für die FP Holding AG, weil ein Eintreten der jeweiligen Risiken die Ertragslage der jeweiligen Tochtergesellschaft und damit die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen der FP Holding AG maßgeblich beeinflussen könnte:

- Rückgang des Briefvolumens,
- Preisdruck durch Wettbewerb,
- Rückgang des Marktanteils,
- Entwicklungsrisiken,
- Währungsrisiken und
- Technologische Risiken.

An dieser Stelle verweisen wir auf die Risikomatrix im Konzernlagebericht Abschnitt 4.1.

Nachfolgend sind die Risiken näher erläutert, die nicht nur mittelbar über die Beteiligungserträge sondern auch unmittelbar die FP Holding AG betreffen:

4.2 Einzelrisiken

Grundsätzlich wird für die nachfolgende Risikodarstellung die Bruttodarstellung gewählt.

4.2.1 Liquiditätsrisiko

Der FP-Konzern hat gemäß dem mit den Banken abgeschlossenen Konsortialdarlehensvertrag vier bestimmte Finanzkennzahlen (Covenants) einzuhalten. Zum einen dürfen „bereinigte Eigenmittel“ des FP-Konzerns zum jeweiligen Quartalsende nicht unterschritten werden. Zum anderen ist eine „bereinigte Eigenmittelquote“ definiert, die sich aus der Relation der „bereinigten Eigenmittel“ zur „bereinigten Bilanzsumme“ ergibt. Ferner ist ein bestimmter Nettoverschuldungsgrad nicht zu überschreiten. Dieser ergibt sich aus dem Verhältnis von Nettoverschuldung zum EBITDA, wobei diese beiden Werte gemäß Kreditvertragsdefinition bezogen auf bestimmte Positionen in geringem Umfang korrigiert werden. Schließlich muss ein „Kapitaldienstdeckungsgrad“ erreicht werden, der die Relation zwischen EBITDA und Finanzierungskosten reflektiert.

Die zum 31. Dezember 2013 maßgeblichen Finanzkennzahlen wurden eingehalten. Bei einer Nichteinhaltung der Finanzkennzahlen hätte das Bankenkonsortium das vertragliche Recht gehabt, den Kredit fällig zu stellen. Die Einhaltung der Finanzkennzahlen wird unterjährig fortlaufend durch die Gesellschaft kontrolliert, um zeitnah gegensteuern zu können. Im Vorjahr hat die Gesellschaft unter anderem als Instrument zur Liquiditätsteuerung unechte Pensionsgeschäfte eingesetzt.

Nach aktuellem Stand wird davon ausgegangen, dass diese Finanzkennzahlen auch weiterhin eingehalten werden. Sollte künftig eine Finanzkennzahl nicht eingehalten werden können, wird davon ausgegangen, dass mit den beteiligten Banken auf dem Wege von Nachverhandlungen eine Einigung bezüglich der Fortführung des Kredits erzielt werden kann. Dies kann jedoch gegebenenfalls zu höheren Finanzierungsaufwendungen führen.

Die aktuelle Konsortialfinanzierung hat eine Laufzeit bis Oktober 2016. Der FP-Konzern konnte im April 2013 die Konzernfinanzierung für die nächsten 3,5 Jahre mit Verlängerungsoption um weitere 1,5 Jahre verlängern. Damit wurden vorzeitig Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der ursprünglich bis Ende Februar 2014

laufenden Finanzierung in Höhe von rund Euro 36 Mio. abgelöst. Das Gesamtvolumen des neuen Konsortialdarlehensvertrags beträgt insgesamt Euro 45 Mio..

4.2.2 Risiken im Zusammenhang mit der Beteiligungsbewertung

freesort

Der Beteiligungsansatz der freesort zum Bilanzstichtag beträgt unverändert zum Vorjahr TEUR 2.886. Daneben bestehen zum Bilanzstichtag Ausleihungen in Höhe von TEUR 4.500, für die durch die FP AG eine qualifizierte Rangrücktrittserklärung abgegeben wurde. Weiterhin hat die FP AG mit Datum vom 9. April 2013 gegenüber der Tochtergesellschaft freesort GmbH, Langenfeld, eine harte Patronatserklärung abgegeben.

Die Bewertung erfolgt grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren auf Basis zukünftiger Cash Flows. Eine Ableitung des Wertes der Beteiligungen auf Basis von Informationen von aktiven Märkten ist mangels erfolgter Transaktionen nicht möglich. Die Ermittlung erfolgt deshalb auf Basis diskontierter Cash Flow-Prognosen. Insbesondere hinsichtlich der künftigen Cash Flows und des anzusetzenden Diskontierungsfaktors bestehen dabei erhebliche Schätzungs- und Ermessensspielräume.

iab

Der Beteiligungsansatz der iab zum Bilanzstichtag beträgt unverändert zum Vorjahr TEUR 3.974. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren auf Basis zukünftiger Cash Flows. Eine Ableitung des Wertes der Beteiligungen auf Basis von Informationen von aktiven Märkten ist mangels erfolgter Transaktionen nicht möglich. Die Ermittlung erfolgt deshalb auf Basis diskontierter Cash Flow-Prognosen. Insbesondere hinsichtlich der künftigen Cash Flows und des anzusetzenden Diskontierungsfaktors bestehen dabei erhebliche Schätzungs- und Ermessensspielräume.

Mentana-Claimsoft

Der Beteiligungsansatz der Mentana-Claimsoft zum Bilanzstichtag beträgt unverändert zum Vorjahr TEUR 1.051. Dies resultiert aus der Anteilserhöhung von 51 % auf 75,5 % durch Übernahme von 24,5 % eines ehemaligen Minderheitengesellschafters. Damit verbunden war eine Minderung der Anschaffungskosten von TEUR 435. Daneben bestehen zum Bilanzstichtag Ausleihungen in Höhe von TEUR 3.081, für die durch die FP AG eine qualifizierte Rangrücktrittserklärung abgegeben wurde. Weiterhin hat die FP AG mit Datum vom 9. April 2013 gegenüber der Tochtergesellschaft Mentana-Claimsoft GmbH, Fürstenwalde, eine harte Patronatserklärung abgegeben.

Die Bewertung erfolgt grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren auf Basis zukünftiger Cash Flows. Eine Ableitung des Wertes der Beteiligungen auf Basis von Informationen von aktiven Märkten ist mangels erfolgter Transaktionen nicht möglich. Die Ermittlung erfolgt deshalb auf Basis diskontierter Cash Flow-Prognosen. Insbesondere hinsichtlich der künftigen Cash Flows und des anzusetzenden Diskontierungsfaktors bestehen dabei erhebliche Schätzungs- und Ermessensspielräume.

Die Beurteilung der Werthaltigkeit der Beteiligungen und Ausleihungen an die freesort, iab und Mentana Claimsoft sowie die Einschätzung möglicher Risiken für die Gesellschaft aus den abgegebenen Patronatserklärungen stehen in enger Verbindung zur jeweiligen Unternehmensplanung der Gesellschaften. Die gegenwärtige Bewertung setzt grundsätzlich das Eintreten der prognostizierten positiven Entwicklung voraus. Negative Planabweichungen könnten die Ertragslage der FP Holding nachhaltig negativ beeinflussen. Das Risiko begrenzt die FP Holding AG durch ein enges Beteiligungscontrolling, um zeitnah Planabweichungen und Fehlentwicklungen erkennen und gegensteuern zu können.

4.2.3 Zinsänderungsrisiko

Das Risiko aus Schwankungen der Marktzinssätze resultiert überwiegend aus den langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einem variablen Zinssatz.

Um dieses Risiko zu reduzieren wurden am 20. Dezember 2013 Zinssicherungsgeschäfte mit Banken des Konsortiums abgeschlossen. Dabei handelt es sich um fünf Zins-Swap-Geschäfte (nachfolgend „Swap“) für das Tilgungsdarlehen sowie fünf Zinsbegrenzungsgeschäfte in Form von Höchstsatzvereinbarungen (nachfolgend „Cap“) für das Darlehen auf revolvingender Basis.

Im Rahmen der Zins-Swap-Geschäfte tauscht der Konzern variable 6-Monats-EURIBOR-Zinszahlungen gegen einen Festzinssatz in der Bandbreite von 1,0-0,88 % p. a. für den Zeitraum vom 30. Juni 2014 bis 30. Dezember 2016. Der Marktwert dieser Swaps beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR -41. Die Swaps werden halbjährlich ausgeglichen. Gemäß den im Konsortialdarlehensvertrag definierten, planmäßig vorzunehmenden Tilgungen reduziert sich die Höhe des jeweiligen Bezugsbetrags über die Laufzeit.

Im Rahmen der Cap-Geschäfte deckelt der Konzern die variablen 3-Monats-EURIBOR-Zinszahlungen des revolvingenden Darlehens mit einer Cap-Rate von 1,00 %. Der Bezugsbetrag bleibt bei jedem einzelnen Cap-Geschäft über die Vertragslaufzeit konstant. Der Marktwert der Caps beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR 55. Die Caps werden vierteljährlich ausgeglichen.

Chancen als positive Abweichung von der prognostizierten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sieht die FP Holding AG in folgenden Bereichen:

- Erschließung neuer Märkte im traditionellen Frankiermaschinengeschäft,
- Umsatzpotentiale neuer Produkte sowie
- Neue Absatzkanäle wie Fachhandelspartner in Deutschland.

4.3 Gesamtaussage zur Risikosituation

Die Risikolage zum 31. Dezember 2013 hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Unter Berücksichtigung möglicher Schadensausmaße und Eintrittswahrscheinlichkeiten sind derzeit keine Risiken erkennbar, die zu einer wesentlichen negativen Abweichung von der prognostizierten Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der FP Holding AG führen werden. Insgesamt sind die Risiken beherrschbar; der Fortbestand der Gesellschaft ist aus heutiger Sicht nicht gefährdet. Grundlegende Änderungen der Risikolage erwartet die FP Holding AG derzeit nicht. Organisatorisch hat die Gesellschaft alle Voraussetzungen dafür geschaffen, frühzeitig über mögliche neue Risikosituationen informiert zu sein und schnell reagieren zu können.

4.4 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Vorstand und Aufsichtsrat der FP legen größten Wert auf die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit, Richtigkeit und Verlässlichkeit der Finanzberichterstattung an die Rechnungslegungsadressaten von Francotyp-Postalia. Vor diesem Hintergrund ist das rechnungslegungsbezogene, interne Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS) integraler Bestandteil eines umfassenden unternehmensweiten Kontroll- und Risikomanagementsystems.

Das Ziel des IKS für den Rechnungslegungsprozess ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewähren, dass ein regelkonformer Abschluss und Lagebericht erstellt wird. Das IKS des Unternehmens stützt sich dabei überwiegend

auf ein funktionierendes internes Steuerungssystem auf Basis effizienter Prozesse sowie auf prozessintegrierte, organisatorische Sicherungsmaßnahmen, wie beispielsweise Zugriffsbeschränkungen im IT-Bereich oder Zahlungsrichtlinien. Prozessintegrierte Kontrollen vermindern die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Fehlern bzw. unterstützen das Aufdecken von aufgetretenen Fehlern.

Der Aufsichtsrat berät über das Risikomanagement und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems, des Rechnungslegungsprozesses sowie der Abschlussprüfung und deren Unabhängigkeit.

Die wesentlichen Merkmale des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können wie folgt beschrieben werden:

Die Francotyp-Postalia Holding AG stellt als Mutterunternehmen den Jahresabschluss der Gesellschaft sowie den Konzernabschluss von FP auf. Diesem Prozess vorgelagert ist die Finanzberichterstattung der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzern-Gesellschaften. Beide Prozesse werden durch ein stringentes, internes Kontrollsystem überwacht, welches sowohl die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung als auch die Einhaltung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen sichert. Die bereichsübergreifenden Schlüsselfunktionen werden zentral gesteuert, wobei die einzelnen Tochtergesellschaften über ein definiertes Maß an Selbständigkeit bei der Erstellung ihrer Abschlüsse verfügen.

Wesentliche Regelungen und Instrumentarien bei der Erstellung des Konzern- und Einzelabschlusses sind:

- Bilanzierungsrichtlinien auf Konzernebene,
- Klar definierte Aufgabentrennung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen den am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen,
- Einbeziehung externer Sachverständiger – soweit erforderlich, wie zum Beispiel für die Bewertung von Pensionsverpflichtungen,
- Verwendung geeigneter IT-Finanzsysteme und Anwendung von detaillierten Berechtigungskonzepten zur Sicherstellung aufgabengerechter Befugnisse und unter Beachtung von Funktionstrennungsprinzipien,
- Systemseitig implementierte Kontrollen und weitere Prozesskontrollen der Rechnungslegung in den Gesellschaften, Konsolidierung im Rahmen des Konzernabschlusses sowie anderer relevanter Prozesse auf Konzern- und Gesellschaftsebene sowie
- Berücksichtigung von im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken in den Jahresabschlüssen, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregeln erforderlich ist.

Für die Umsetzung dieser Regelungen und die Nutzung der Instrumentarien ist in den verschiedenen Länder-Konzerngesellschaften die jeweilige Leitung des Bereichs Finanzen verantwortlich. Jahres- und Konzernabschluss liegen in der Verantwortung des für Finanzen zuständigen Mitglieds des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG. Er wird dabei unterstützt durch den Bereichsleiter Finanzen, Controlling und Rechnungswesen sowie den Abteilungsleiter Finanzen und Rechnungswesen bzw. Abteilungsleiter Controlling.

Durch die Beschäftigung von Fachpersonal, gezielte und regelmäßige Fort- und Weiterbildung sowie Beachtung des Vier-Augenprinzips gewährleistet der FP-Konzern die strikte Einhaltung der lokalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften im Jahres- und Konzernabschluss.

Alle wesentlichen Jahresabschlüsse von Konzerngesellschaften, die Eingang in die Konzernkonsolidierung finden, unterliegen einer Prüfung oder prüferischen Durchsicht durch einen Wirtschaftsprüfer.

Durch die Pflicht aller Tochtergesellschaften, monatlich ihre Geschäftszahlen in einem standardisierten Reportingformat an die Konzernholding zu berichten, werden unterjährige Soll-Ist-Abweichungen zeitnah erkannt und notwendige Maßnahmen kurzfristig umgesetzt.

Risikomanagement in Bezug auf Finanzinstrumente

Francotyp Postalia verfügt über ein zentrales Finanzmanagement, wobei die FP Holding AG den Konzern-Finanzbedarf koordiniert, die Liquidität sichert und die Währungs-, Zins- und Liquiditätsrisiken konzernweit überwacht. Ziel des finanziellen Risikomanagements ist es, finanzwirtschaftliche Risiken aus Veränderungen von Marktpreisen, Wechselkursen und Zinssätzen durch finanzorientierte Aktivitäten zu begrenzen. Derivative Finanzinstrumente werden dabei ausschließlich zum Zweck der Sicherung von Grundgeschäften genutzt.

Währungsbedingte Risiken resultieren aus den internationalen Aktivitäten des Konzerns, insbesondere in den USA und Großbritannien. Die FP Holding AG identifiziert diese Risiken in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Konzerngesellschaften und steuert sie mit geeigneten Maßnahmen, zum Beispiel Abschluss von Devisentermingeschäften.

Zinsrisiken resultieren aus den mittelfristigen Finanzverbindlichkeiten, zur Steuerung von letzteren hat die FP Holding AG im Zuge der im Geschäftsjahr 2013 neu geschlossenen Refinanzierung Zinsswap- und CAP-Geschäfte abgeschlossen.

Die Liquiditätsplanung dient dazu, Liquiditätsrisiken frühzeitig zu erkennen und konzernweit systematisch zu minimieren. Der Liquiditätssteuerung und -überwachung dient ein monatlich rollierender Liquiditäts-Forecast.

4.5 Chancen

Da die FP Holding AG als Managementholding über die Erträge aus Ergebnisabführungen indirekt an der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung ihrer einzelnen Tochtergesellschaften profitiert, spiegeln sich die Chancen für den FP Konzern auch bei der FP Holding AG wider und werden dementsprechend an dieser Stelle aufgeführt.

Marktchancen

Trotz eines Rückgangs der zugestellten Postsendungen im globalen Durchschnitt gibt es zahlreiche Länder, in denen der Postmarkt ein Wachstumsmarkt ist. Somit ergeben sich FP durchaus Chancen, an dieser positiven Entwicklung teilzuhaben. Zur Erschließung weiterer Wachstumspotenziale ist FP bereits Ende 2011 in den französischen Markt eingestiegen. Frankreich ist der größte europäische Frankiermaschinenmarkt mit ca. 226.000 installierten Maschinen. Das Unternehmen sieht hier Chancen, in den kommenden Jahren neue Umsatzpotenziale auszuschöpfen, sodass hier weiterhin von einer positiven Entwicklung ausgegangen wird. Mit seinem Frankiersystem PostBase hat FP 2013 in Großbritannien, Kanada und Italien in den Markt eingestiegen. Darüber hinaus will FP in anderen Märkten wie Russland und Indien sein Geschäft ausbauen, um an dem zu erwartenden Wachstum in der Region zu partizipieren. In diesen Ländern hat das Unternehmen eine Basis geschaffen, um die globale Expansion seiner Technologie weiter voranzutreiben.

Produktchancen

Die innovativen Produkte der FP sind der Garant für den Erfolg des Unternehmens. Dazu gehören die ständige Weiterentwicklung der Frankiermaschinen sowie neue Lösungen für den digitalen und hybriden Postversand. Die FP hat 2012 das neue Frankiersystem PostBase sowie die De-Mail auf den Markt gebracht. Insbesondere in der Vermarktung der De-Mail sieht FP die Chance auf ein neues Umsatzpotenzial. Der Umsatzeffekt wird im Wesentlichen davon abhängen, wie schnell der Markt das neue Produkt annehmen wird.

Das Unternehmen erwartet für die De-Mail in diesem Jahr einen deutlichen Sprung auf dem Weg zu einem wichtigen und akzeptierten Kommunikationsmittel. Zum einen wächst insbesondere bei Unternehmen das Bedürfnis nach vertrauenswürdiger und sicherer Kommunikation, seitdem bekannt wurde, wie einfach E-Mails auszulesen sind. Zum anderen hat die De-Mail großes Potenzial, sich zum Standard für die Kommunikation mit Behörden zu entwickeln, weil im Sommer 2013 das E-Government-Gesetz in Kraft getreten ist. Das Gesetz nimmt Behörden in die Pflicht, einen elektronischen Kanal zu eröffnen und schreibt zusätzlich der Bundesverwaltung die Eröffnung eines De-Mail-Zugangs vor. Der Nutzen der De-Mail wird für Unternehmen und Behörden immer erkennbarer. Die De-Mail ermöglicht elektronische Kommunikation, die nicht nur einfach, nachweisbar und vertraulich ist, sondern auch ein deutliches Kosteneinsparungspotenzial birgt.

Chancen durch neue Absatzkanäle

Um eine hohe Anzahl an Verbrauchern zu erreichen, ist eine Optimierung der Absatzkanäle unerlässlich. FP hat ihre Vertriebsstruktur im vergangenen Jahr erweitert und bietet seine Produkte und Lösungen – von der klassischen Frankiermaschine bis hin zum De-Mail-Gateway – künftig auch über regional verankerte Fachhändler an. Im Rahmen der Initiative „Aufbruch 2015“ ergeben sich neue Chancen auf einen erhöhten Absatz der Kommunikationslösungen. Das Unternehmen zeigt mehr Präsenz vor Ort, stärkt seine Marktposition und treibt nicht zuletzt auch die Akzeptanz der digitalen Briefkommunikation im Markt voran. FP richtet sich zum einen an den klassischen Bürofachhandel und zum anderen an IT-Systemhäuser. Diese ergänzen das bestehende Handelspartnernetz von FP, dessen Mitglieder vor allem im Frankier- und Kuvertiermaschinensegment aktiv sind.

Chancen durch Währungseffekte

Durch die internationale Ausrichtung der FP im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ergeben sich für das Unternehmen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen durch Währungseffekte. Positive Fremdwährungseffekte können aus Bilanzpositionen und schwebenden Geschäften in Fremdwährungen resultieren. Positive Ergebnisse können zudem aus allen Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen entstehen, die nicht in Euro notieren.

Jede FP-Gesellschaft hat Chancen im Zusammenhang mit Wechselkursänderungen, wenn sie Geschäfte mit internationalen Vertragspartnern abschließt und daraus in der Zukunft Zahlungsströme entstehen.

Gesamtaussage zur Chancensituation

FP hat die Chancen für 2013 qualitativ ermittelt. Die Chancenlage zum 31. Dezember 2013 hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Die Chancen und Risiken stehen sich wie im Vorjahr ausgewogen gegenüber. Die Voraussetzungen wurden geschaffen, Potenziale frühzeitig zu erkennen und darauf reagieren zu können. Die Chancen wurden in 2013 für Steuerungszwecke nicht quantifiziert.

5. Prognosebericht

5.1 Künftige gesamt- und branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das globale konjunkturelle Umfeld hellt sich 2014 auf. Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) soll die Weltwirtschaft im laufenden Jahr um 3,7 % nach 3,0 % im Vorjahr wachsen. Für Deutschland rechnet der Währungsfonds im Jahr 2014 mit einem Wachstum von 1,6 %. Dieser Aufschwung strahlt auch auf die Eurozone ab; der IWF erwartet hier 2014 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,0 %. Noch besser wird sich voraussichtlich die USA, der wichtigste Auslandsmarkt des FP-Konzerns, mit einem BIP-Anstieg von 2,8 % entwickeln.

Wesentlich dynamischer als die Industriestaaten dürften auch 2014 die Schwellenländer wachsen. Der IWF veranschlagt hier ein Wachstum von 5,1 %. Wesentlichen Anteil daran besitzt erneut China mit einer voraussichtlichen Wachstumsrate von 7,5 %. Von Singapur aus erschließt sich FP Schritt für Schritt den wachstumsstarken asiatischen Markt. Es dürfte aber noch einige Zeit vergehen, bevor diese Länder in ähnlichem Maß wie Industriestaaten auf professionelle Briefkommunikation setzen.

Das konjunkturelle Umfeld sowie die Regulierung beeinflussen die zukünftige Branchenentwicklung und damit auch den künftigen Geschäftsverlauf von FP. Ein freundliches wirtschaftliches Umfeld erhöht die Investitionsneigung von Unternehmen, was sich auf das Frankier- und Kuvertiermaschinengeschäft positiv niederschlagen könnte. Zugleich wächst im Aufschwung die Innovationsbereitschaft von Unternehmen; hiervon könnte insbesondere das Software- und De-Mail-Geschäft profitieren.

Das entscheidende Thema bei der Regulierung ist die fortschreitende Liberalisierung der Postmärkte. Entsprechend der dritten EU-Postrichtlinie hatte die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten die vollständige Marktöffnung bis zum Jahr 2011 umgesetzt. Die neuen Mitgliedstaaten sowie Griechenland und Luxemburg sollten bis Ende 2013 folgen. 2014 dürfte die Liberalisierung in der EU damit weitgehend vollendet sein; unverändert gibt es aber von Land zu Land Unterschiede mit Blick auf Markteintrittsbarrieren und Potenziale für international agierende Anbieter. Nach dem Vorbild der EU dürfte sich in den kommenden Jahren die Liberalisierung der Postmärkte weltweit fortsetzen.

Unabhängig von der Regulierung rechnet die FP Holding AG damit, dass es im Markt für Briefkommunikation in den kommenden Jahren weiter zu einer Verschiebung in Richtung digitaler Formen der Briefverarbeitung kommen wird. Dabei haben neue Angebote wie De-Mail langfristig das Potenzial, eine neue Wachstums- und Wettbewerbsdynamik zu erzeugen. So geht die Gesellschaft beispielsweise davon aus, dass in drei bis fünf Jahren etwa 10 % des De-Mail fähigen Briefpotenzials in Deutschland per De-Mail versandt werden. Das entspricht einer Menge von rund 540 Millionen Sendungen. Mittel- bis langfristig strebt FP an, davon einen Marktanteil von 10 % des De-Mail-Marktes zu erreichen, d. h. rund 50 Millionen Sendungen.

5.2 Künftige Entwicklung

Die FP Holding AG dürfte in den kommenden beiden Jahren von der Entwicklung der gesamt- und branchenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitieren und erwartet daher einen weiteren Anstieg der Ergebnisabführungen. Da das Unternehmen zugleich an seiner Kostendisziplin festhalten wird, dürfte sich auch das EBIT verbessern. Daher geht die FP Holding AG davon aus, dass es ihm bei dem geplanten Geschäftsverlauf gelingen wird, 2014 seine operative Ertrags- und Finanzkraft weiter zu stärken. Im Geschäftsjahr 2014 dürfte die Gesellschaft etwa genauso viele Mitarbeiter beschäftigen wie 2013.

Die starke Position im traditionellen Frankiermaschinenmarkt und die Wachstumschancen in den beiden jungen Geschäftsfeldern bieten gute Voraussetzungen für das weitere Wachstum und eine anhaltende Stärkung der operativen Finanz- und Ertragskraft des FP-Konzerns. Für das Geschäftsjahr 2014 prognostiziert das Unternehmen einen

Konzernumsatz von mindestens Euro 173 Mio. sowie ein Konzern EBITDA von mindestens 25 Mio. Euro und ein Konzern EBIT von Euro 12 Mio.. Hierbei wird der Umsatz der FP Holding AG, der sich ausschließlich aus Geschäften mit Konzerngesellschaften ergibt, bei 2 Mio. Euro liegen. Das korrespondierende EBIT würde bei Euro -3 Mio. liegen. Hinzu kämen Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von ca. Euro 12 Mio.. Die Nettoverschuldung würde rund Euro 33 Mio. betragen.

In den nächsten beiden Jahren sollte FP von der Weiterentwicklung zu einem Komplettanbieter rund um die Briefkommunikation profitieren. Für den Produktbereich Frankieren und Kuvertieren geht das Unternehmen von einer stabilen Entwicklung in den angestammten Märkten und positiven Wachstumsimpulsen in neuen Märkten aus. So das die FP Holding AG auch für das Jahr 2014 weiteres Wachstumspotenzial sieht und einen organischen Umsatzwachstum plant. Entsprechend wird sich auch das EBIT positiv entwickeln.

Mittel- und langfristig sieht das Unternehmen im Bereich der digitalen Kommunikation großes Potenzial; FP zählt hier zu den Vorreitern und bietet schon heute entsprechende Softwarelösungen.

Diese Planung sowie alle nachfolgenden Ausführungen basieren auf dem Kenntnisstand am Jahresanfang 2014. Das Unternehmen weist darauf hin, dass die angegebenen Plandaten von den später tatsächlich erreichten Werten abweichen können. Für die dargelegte Prognose bei den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden die Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zugrunde gelegt.

6. Sonstige Angaben

6.1 Erläuternder Bericht des Vorstands gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Nachstehend informiert der FP-Holding AG über die verpflichtenden Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB i. V. m. § 120 Abs. 3 Satz 2 AktG. Es handelt sich dabei insgesamt um Regelungen, die bei börsennotierten Unternehmen üblich sind und nicht dem Zweck der Erschwerung etwaiger Übernahmeversuche dienen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 1 HGB (Gezeichnetes Kapital)

Am 31. Dezember 2013 betrug das Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG Euro 16.160.000. Es ist in 16.160.000 Stückaktien eingeteilt.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 2 HGB (Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen)

Jede Aktie berechtigt zur Abgabe einer Stimme in der Hauptversammlung. Beschränkungen betreffend der Stimmrechte oder deren Übertragung bestehen nicht. Zum 31. Dezember 2013 lag der Bestand an eigenen Aktien bei 370.444 Stück. Dies entspricht einem Anteil von 2,3 % des Grundkapitals. Bei eigenen Aktien werden keine Stimmrechte ausgeübt. Etwaige Beschränkungen, die sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben könnten, sind dem Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG nicht bekannt.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 3 HGB (Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten)

Zum 31. Dezember 2013 hielt 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern 10,3 % am Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG. Dies entspricht 1.660.000 Aktien.

Diese Stimmrechte sind der Tamlino Import & Advisory LP, Limassol, Zypern, der Tamlino Investments Ltd., Limassol, Zypern und Klaus Röhrig jeweils gemäß § 21, Abs. 1 WpHG bzw. § 22 Abs. 1 Satz 1, Nr. 1 WpHG als indirekte Beteiligung zuzurechnen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 4 HGB (Aktien mit Sonderrechten)

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 5 HGB (Stimmrechtskontrolle bei Arbeitnehmerbeteiligung)

Es existieren keine Stimmrechtskontrollen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 6 HGB (Gesetzliche Bestimmung der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung)

Gemäß Ziffer 6 Abs. 2 der Satzung der Francotyp-Postalia Holding AG erfolgen die Bestimmung der Anzahl der Vorstandsmitglieder, deren Bestellung sowie der Widerruf ihrer Bestellung durch den Aufsichtsrat. Nach Ziffer 6 Abs. 3 der Satzung kann der Aufsichtsrat einem Aufsichtsratsausschuss den Abschluss, die Änderung und Beendigung von Anstellungsverträgen der Vorstandsmitglieder übertragen.

Die Satzung schreibt in Ziffer 23 Abs. 1 vor, dass die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, falls das Gesetz oder die Satzung nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben, fasst. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Darüber hinaus kann der Aufsichtsrat gemäß Ziffer 15 Abs. 2 der Satzung Satzungsänderungen vornehmen, die nur die Fassung betreffen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 7 HGB (Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen)

Genehmigtes Kapital

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 30. Juni 2011 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 29. Juni 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, einmal oder mehrmals, insgesamt um bis zu Euro 7.350.000 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2011). Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die neuen Aktien zu. Gemäß § 186 Abs. 5 AktG können die neuen Aktien auch von einem oder mehreren Kreditinstituten oder einem Konsortium aus Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten.

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen:

- für Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben,
- soweit es erforderlich ist, um den Inhabern von bereits zuvor ausgegebenen Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten oder Options- oder Wandlungspflichten ein Bezugsrecht in dem Umfang gewähren zu können, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung der Options- oder Wandlungspflichten zustehen würde,
- soweit die neuen Aktien gegen Sacheinlagen ausgegeben werden sollen, um Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben und sofern der Erwerb des Unternehmens oder der Beteiligung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt,

- soweit die neuen Aktien gegen Bareinlagen ausgegeben werden und der auf die neu auszugebenden Aktien insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neu auszugebenden Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet. Für die Berechnung der Grenze von 10 % des Grundkapitals ist die Höhe des Grundkapitals im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung maßgebend. Auf diesen Höchstbetrag ist der anteilige Betrag des Grundkapitals anzurechnen, der auf neue oder auf zuvor erworbene eigene Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in unmittelbarer, sinngemäßer oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden sowie der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- oder Wandlungsrechten oder zur Erfüllung von Options- oder Wandlungspflichten aus Schuldverschreibungen ausgegeben werden bzw. auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in sinngemäßer Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden,
- für einen Anteil am genehmigten Kapital in Höhe von bis zu insgesamt Euro 1.470.000, um die neuen Aktien an Mitarbeiter der Gesellschaft oder Mitarbeiter einer ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Konzernunternehmen im Sinne des § 18 AktG auszugeben, wobei die Ausgabe der Belegschaftsaktien auch zu einem Vorzugspreis erfolgen kann.

Über den Inhalt der jeweiligen Aktienrechte und die sonstigen Bedingungen der Aktienaussgabe entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend dem Umfang der Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital zu ändern.

Am 23. März 2012 hat der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um Euro 1,46 Mio. zu erhöhen. Hierzu gab das Unternehmen neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von Euro 1 je Aktie aus und nutzte dazu das genehmigte Kapital. Die neuen Aktien wurden unmittelbar nach Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen eines Private Placements durch die 3R Investments Ltd., Zypern, gezeichnet.

Bedingtes Kapital

Am 30. Juni 2011 hat die Hauptversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um einen Betrag von bis zu 6.305.000 Euro durch Ausgabe von bis zu 6.305.000 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von Euro 1,00 je Aktie bedingt zu erhöhen (Bedingtes Kapital 2011).

Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber oder Gläubiger von Options- oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die bis zum 29. Juni 2016 von der Gesellschaft oder durch ein unmittelbares oder mittelbares Konzernunternehmen der Gesellschaft im Sinne des § 18 AktG begeben werden. Sie wird nur insoweit durchgeführt, als von Options- oder Wandlungsrechten aus den vorgenannten Schuldverschreibungen Gebrauch gemacht wird oder Options- oder Wandlungspflichten aus solchen Schuldverschreibungen erfüllt werden und soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach Maßgabe der vorstehenden Ermächtigung jeweils zu bestimmenden Options- bzw. Wandlungspreis. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung zu ändern.

Wandel- und Optionsrechte

Der Vorstand wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 30. Juni 2011 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 29. Juni 2016 einmalig oder mehrmalig, insgesamt oder in Teilbeträgen, Options- oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechte oder Gewinnschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (zusammen „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu Euro 200.000.000 zu begeben und den Inhabern bzw. Gläubigern (zusammen im Folgenden „Inhaber“) der jeweiligen Teilschuldverschreibungen Options- oder Wandlungsrechte auf den Erwerb von auf den Inhaber lautenden Stückaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu Euro 6.305.000 nach näherer Maßgabe der Bedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren und entsprechende Options- oder Wandlungspflichten zu begründen. Die Schuldverschreibungen sowie die Wandlungs- und Optionsrechte bzw. -pflichten dürfen mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren oder ohne Laufzeitbegrenzung begeben werden. Die Ausgabe von Schuldverschreibungen kann insgesamt oder teilweise auch gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen.

Die einzelnen Emissionen können in jeweils unter sich gleichberechtigte Teilschuldverschreibungen eingeteilt werden.

Die Schuldverschreibungen können in Euro oder – im entsprechenden Gegenwert – in der gesetzlichen Währung eines OECD-Landes begeben werden. Sie können auch durch ein unmittelbares oder mittelbares Konzernunternehmen der Francotyp-Postalia Holding AG im Sinne des § 18 AktG begeben werden; in einem solchen Fall wird der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Garantie für die Schuldverschreibungen zu übernehmen und den Inhabern Options- bzw. Wandlungsrechte auf neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft zu gewähren oder entsprechende Options- oder Wandlungspflichten zu begründen.

Im Falle der Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen werden jeder Teilschuldverschreibung ein oder mehrere Optionsscheine beigefügt, die den Inhaber berechtigen, nach Maßgabe der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats festzulegenden Optionsanleihebedingungen auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft zu beziehen. Die Optionsanleihebedingungen können vorsehen, dass der Optionspreis ganz oder teilweise auch durch Übertragung von Teilschuldverschreibungen erbracht werden kann, soweit diese auf Euro lauten. Das Bezugsverhältnis ergibt sich in diesem Fall aus der Division des Nennbetrages einer Teilschuldverschreibung durch den festgesetzten Optionspreis für eine auf den Inhaber lautende Stückaktie der Gesellschaft. Der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf die je Teilschuldverschreibung zu beziehenden Aktien entfällt, darf den Nennbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibung nicht übersteigen. Die Laufzeit des Optionsrechts darf die Laufzeit der Optionsschuldverschreibung nicht überschreiten.

Im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen erhalten die Inhaber der Teilschuldverschreibungen das Recht, diese nach näherer Maßgabe der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats festzulegenden Wandelanleihebedingungen in auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft umzutauschen. Das Umtauschverhältnis ergibt sich aus der Division des Nennbetrages oder des unter dem Nennbetrag liegenden Ausgabebetrages einer Teilschuldverschreibung durch den festgesetzten Wandlungspreis für eine auf den Inhaber lautende Stückaktie der Gesellschaft und kann auf eine volle Zahl auf- oder abgerundet werden. Der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf die bei Wandlung auszugebenden Aktien entfällt, darf den Nennbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibung nicht übersteigen.

Die Bedingungen der Schuldverschreibungen können auch eine Options- oder Wandlungspflicht zum Ende der Laufzeit oder zu einem früheren Zeitpunkt begründen.

Die Bedingungen der Schuldverschreibungen können das Recht der Gesellschaft vorsehen, bei Endfälligkeit der mit einem Options- oder Wandlungsrecht verbundenen Schuldverschreibungen den Inhabern der Schuldverschreibungen ganz oder teilweise anstelle der Zahlung des fälligen Geldbetrages Aktien der Gesellschaft zu gewähren. Ferner kann vorgesehen werden, dass die Gesellschaft den Options- oder Wandlungsberechtigten oder -verpflichteten nicht auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft gewährt, sondern den Gegenwert in Geld zahlt.

Soweit die Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts oder die Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht zu rechnerischen Bruchteilen von Aktien führt, werden diese grundsätzlich in Geld ausgeglichen. Die Bedingungen der Schuldverschreibungen können jedoch vorsehen, dass kein Ausgleich für rechnerische Bruchteile von Aktien zu erfolgen hat. Die Gesellschaft kann in den Bedingungen der Schuldverschreibungen berechtigt werden, eine etwaige Differenz zwischen dem Nennbetrag der Teilschuldverschreibung und dem Produkt aus dem Options- bzw. Wandlungspreis und dem Bezugs- bzw. Umtauschverhältnis ganz oder teilweise durch Zahlung in Geld auszugleichen.

Die vorstehenden Vorgaben gelten entsprechend, wenn Optionsscheine einem Genussrecht oder einer Gewinnschuldverschreibung beigefügt werden oder wenn das Options- oder Wandlungsrecht oder die Options- oder Wandlungspflicht auf einem Genussrecht oder einer Gewinnschuldverschreibung beruht.

Der jeweils festzusetzende Options- oder Wandlungspreis muss, auch wenn er oder das Bezugs- oder Umtauschverhältnis variabel ist, mindestens 80 % des gewichteten durchschnittlichen Börsenkurses der Francotyp-Postalia-Holding-Aktie in der Schlussauktion im vollelektronischen Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse, Frankfurt am Main, auf der Basis des Handelssystems Xetra (oder eines an dessen Stelle tretenden, funktional vergleichbaren Nachfolgesystems) betragen und zwar:

- der Frankfurter Wertpapierbörse, Frankfurt am Main, vor dem Tag der Beschlussfassung durch den Vorstand über die Begebung der Schuldverschreibungen bzw. über die Erklärung der Annahme durch die Gesellschaft nach einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe von Zeichnungsangeboten oder
- für den Fall der Einräumung eines Bezugsrechts auf die Schuldverschreibungen, vom Beginn der Bezugsfrist bis einschließlich des Tages vor der Bekanntmachung der endgültigen Festlegung der Konditionen gemäß § 186 Abs. 2 Satz 2 AktG.

§ 9 Abs. 1 AktG bleibt unberührt.

Sofern während der Laufzeit von Schuldverschreibungen, die ein Options- oder Wandlungsrecht bzw. eine Options- oder Wandlungspflicht gewähren bzw. bestimmen, Verwässerungen des wirtschaftlichen Werts der bestehenden Options- oder Wandlungsrechte eintreten (beispielsweise durch Begebung weiterer Schuldverschreibungen oder Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln) und dafür keine Bezugsrechte als Kompensation eingeräumt werden, werden die Options- oder Wandlungsrechte – unbeschadet § 9 Abs. 1 AktG – wertwährend angepasst, soweit die Anpassung nicht bereits durch Gesetz zwingend geregelt ist. In jedem Fall darf der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf die je Teilschuldverschreibung zu beziehenden Aktien entfällt, den Nennbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibung nicht übersteigen.

Statt einer wertwahrenden Anpassung des Options- bzw. Wandlungspreises kann nach näherer Bestimmung der Bedingungen der Schuldverschreibungen in allen diesen Fällen auch die Zahlung eines entsprechenden Betrages in Geld durch die Gesellschaft bei

Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts oder bei Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht vorgesehen werden.

Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die Schuldverschreibungen zu. Die Schuldverschreibungen können auch von einem oder mehreren Kreditinstituten oder einem Konsortium aus Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Schuldverschreibungen auszuschließen:

- für Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben,
- soweit dies erforderlich ist, um den Inhabern von bereits ausgegebenen Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten oder Options- oder Wandlungspflichten ein Umtausch- oder Bezugsrecht in dem Umfang gewähren zu können, wie es ihnen nach Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts oder bei Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht zustehen würde,
- soweit Schuldverschreibungen gegen Sachleistungen ausgegeben werden sollen und der Wert der Sachleistung in einem angemessenen Verhältnis zu dem nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert der Schuldverschreibungen steht,
- soweit Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrecht oder Options- oder Wandlungspflicht gegen Barleistung ausgegeben werden sollen und der Ausgabepreis ihren nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss gilt nur insoweit, als auf die zur Bedienung der Options- und Wandlungsrechte bzw. bei Erfüllung der Options- oder Wandlungspflichten ausgegebenen bzw. auszugebenden Aktien insgesamt ein anteiliger Betrag des Grundkapitals von nicht mehr als 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft entfällt. Für die Berechnung der 10 %-Grenze ist die Höhe des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung maßgebend. Auf diesen Höchstbetrag ist der anteilige Betrag des Grundkapitals anzurechnen, der auf Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung in unmittelbarer, sinngemäßer oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben oder veräußert werden.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Schuldverschreibungen festzusetzen bzw. im Einvernehmen mit den Organen der die Schuldverschreibungen begebenden Gesellschaften, an denen die Gesellschaft eine unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligung hält, festzulegen. Dies betrifft insbesondere Volumen, Zeitpunkt, Zinssatz, Art der Verzinsung, Ausgabekurs, Laufzeit und Stückelung, Options- bzw. Wandlungszeitraum, Festlegung einer Zuzahlung in bar, den Ausgleich oder die Zusammenlegung von Spitzen sowie die Barzahlung statt Lieferung von auf den Inhaber lautenden Stückaktien.

Bedingtes Kapital zur ausschließlichen Erfüllung von Bezugsrechten

Am 1. Juli 2010 hat die Hauptversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu Euro 1.045.000,00 durch Ausgabe von bis zu 1.045.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien bedingt zu erhöhen. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Erfüllung von Bezugsrechten, die bis zum 30. Juni 2015 aufgrund der im Beschluss der Hauptversammlung vom gleichen Tag formulierten Bedingungen (siehe Konzernanhang, Abschnitt IV, Tz. 17) gewährt werden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der ausgegebenen Bezugsrechte von ihrem Recht zum Bezug von Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt. Die Ausgabe

der Aktien aus dem bedingten Kapital erfolgt zu den folgenden von der Hauptversammlung beschlossenen Bedingungen: „Der Ausübungspreis eines Bezugsrechts entspricht dem durchschnittlichen Börsenkurs (Schlusskurs) der Inhaber-Stückaktie der Gesellschaft im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main an den letzten 90 Kalendertagen vor der Gewährung des Bezugsrechts. Mindestausübungspreis ist jedoch der auf die einzelne Stückaktie entfallende anteilige Betrag am Grundkapital der Gesellschaft (derzeit Euro 1,00) (§ 9 Abs. 1 AktG).“

Die neuen Stückaktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, für das zum Zeitpunkt der Ausübung der Bezugsrechte noch kein Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teil.

Ermächtigung zum Erwerb sowie zur Veräußerung eigener Aktien

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 1. Juli 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die nach dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr gemäß den §§ 71d und 71e Aktiengesetz zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgenutzt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 30. Juni 2015.

Der Erwerb eigener Aktien kann auf der Grundlage der neuen Ermächtigung entweder über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots erfolgen.

Sofern bei einem öffentlichen Kaufangebot die Anzahl der angedienten Aktien die zum Erwerb vorgesehene Aktienanzahl übersteigt, kann der Erwerb unter Ausschluss des Andienungsrechts der Aktionäre nach dem Verhältnis der angedienten Aktien erfolgen, um das Erwerbsverfahren zu vereinfachen. Dieser Vereinfachung dient auch die bevorrechtigte Berücksichtigung geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück angedienter Aktien je Aktionär.

Die Ermächtigung sieht vor, dass die erworbenen eigenen Aktien über die Börse oder im Wege eines an alle Aktionäre gerichteten Angebots wieder veräußert werden können. Darüber hinaus soll der Vorstand allerdings auch ermächtigt werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats:

- eigene Aktien ohne einen weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen.
- eigene Aktien als Gegenleistung im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder als Gegenleistung beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran anzubieten und zu übertragen. Die aus diesem Grund vorgeschlagene Ermächtigung soll die Gesellschaft im Wettbewerb um interessante Akquisitionsobjekte stärken und ihr ermöglichen, schnell, flexibel und liquiditätsschonend auf sich bietende Gelegenheiten zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran zu reagieren. Dem trägt der vorgeschlagene Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre Rechnung. Die Entscheidung, ob im Einzelfall eigene Aktien oder Aktien aus einem genehmigten Kapital genutzt werden, trifft der Vorstand, wobei er sich allein vom Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft leiten lässt. Bei der Festlegung der Bewertungsrelationen wird der Vorstand sicherstellen, dass die Interessen der Aktionäre angemessen gewahrt werden. Dabei wird der Vorstand den Börsenkurs der Aktie berücksichtigen; eine schematische Anknüpfung an einen Börsenkurs ist indes nicht vorgesehen, insbesondere damit einmal erzielte Verhandlungsergebnisse durch Schwankungen des Börsenkurses nicht wieder infrage gestellt werden können. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.

- eigene Aktien auszugeben, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an der die Aktien bisher nicht notiert sind. Auf diesem Wege soll die Gesellschaft die Flexibilität erhalten, soweit dies aus Gründen der besseren langfristigen Eigenkapitalfinanzierung notwendig erscheint, Zweitnotierungen an ausländischen Börsen aufzunehmen. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.
- eigene Aktien gegen Barleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts an Dritte zu veräußern, z. B. an institutionelle Investoren oder zur Erschließung neuer Investorenkreise. Voraussetzung einer solchen Veräußerung ist, dass der erzielte Preis (ohne Erwerbsnebenkosten) den am Handelstag durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet. Durch die Orientierung des Veräußerungspreises am Börsenkurs wird dem Gedanken des Verwässerungsschutzes Rechnung getragen und das Vermögens- und Stimmrechtsinteresse der Aktionäre angemessen gewahrt. Die Verwaltung wird sich bei Festlegung des endgültigen Veräußerungspreises – unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten – bemühen, einen etwaigen Abschlag vom Börsenkurs so niedrig wie möglich zu bemessen. Die Aktionäre haben grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Beteiligungsquote durch Kauf von Aktien über die Börse aufrechtzuerhalten, während der Gesellschaft im Interesse der Aktionäre weitere Handlungsspielräume eröffnet werden, um kurzfristig günstige Börsensituationen auszunutzen. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.
- einzelnen Mitgliedern des Vorstands anstelle der von der Gesellschaft geschuldeten Barvergütung eigene Aktien anzubieten. Hintergrund dieser Ermächtigung sind Überlegungen des Aufsichtsrats, bereits fällige oder noch fällig werdende Gehaltsbestandteile des Vorstands nicht in bar, sondern in Aktien der Gesellschaft zu vergüten. Der Vorteil eines solchen Vorgehens läge nicht nur in der Schonung der Liquiditätsreserven der Gesellschaft, sondern auch in der Schaffung eines weiteren Anreizes für den Vorstand, den Unternehmenswert durch besondere Leistungen zu steigern und damit im Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft eine nachhaltige Kursentwicklung zu fördern. Einer wertmäßigen Verwässerung der bestehenden Aktienbeteiligungen wird dadurch entgegengewirkt, dass der Preis, welcher bei der Ermittlung der Zahl der zu übertragenden eigenen Aktien zugrunde gelegt wird, den am Tag der Angebotsunterbreitung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreiten darf (ohne Erwerbsnebenkosten).
- eigenen Aktien zur Bedienung von Bezugsrechten, die unter dem Aktienoptionsplan 2010 der Gesellschaft ordnungsgemäß ausgegeben und ausgeübt wurden, zu bedienen. Der Vorteil der Bedienung von Bezugsrechten unter dem Aktienoptionsplan 2010 mit eigenen Aktien liegt darin, dass die Gesellschaft nicht unter Ausnutzung des Bedingten Kapitals neue Aktien ausgeben muss, mithin den damit für die bestehenden Aktionäre verbundenen Verwässerungseffekt vermeiden kann.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 8 HGB (Wesentliche Vereinbarungen des Mutterunternehmens, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen)

Wesentliche Vereinbarungen der Konzernmuttergesellschaft Francotyp-Postalia Holding AG, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden weder mit Dritten noch mit Tochterunternehmen getroffen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 9 HGB

(Entschädigungsvereinbarung des Mutterunternehmens für den Fall eines Übernahmeangebots)

Eine solche Vereinbarung bestand zum Stichtag 31. Dezember 2013 nicht.

6.2 Vergütungsbericht gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB

Der Bericht richtet sich nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) und enthält Angaben nach den Erfordernissen des deutschen Handelsgesetzbuchs (HGB), der deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) sowie der International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts.

I. Vergütungssystem allgemein

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden sowohl die Aufgaben des einzelnen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens als auch – gemäß des im Mai 2013 veröffentlichten Corporate Governance Kodes – die Üblichkeit der Vergütung unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds und der Vergütungsstruktur, die ansonsten in der Gesellschaft gilt. Hierbei berücksichtigt der Aufsichtsrat das Verhältnis der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft insgesamt auch in der zeitlichen Entwicklung, wobei der Aufsichtsrat für den Vergleich festlegt, wie der obere Führungskreis und die relevante Belegschaft abzugrenzen sind. Die mit dem Corporate Governance Kodex 2013 veröffentlichten Änderungen im Vergütungssystem der Vorstände sind im Vorstandsvertrag von Thomas Grethe, der sein Amt zum 15. Juni 2013 angetreten hat, berücksichtigt. Sie hatten noch keinen Niederschlag in den alten Vorstandsverträgen von Andreas Drechsler und Hans Szymanski gefunden. Sehr wohl entspricht aber der neue Dienstvertrag von Hans Szymanski mit Wirkung zum 1. Januar 2014 den neuen Empfehlungen. Diese werden entsprechend im Vergütungsbericht 2014 zu berücksichtigen sein.

In den mit den Vorständen abgeschlossenen Dienstverträgen sind festgelegt:

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder umfasst die monetären Vergütungsteile, die Versorgungszusagen und die sonstigen Zusagen, insbesondere für den Fall der Beendigung der Tätigkeit sowie Nebenleistungen jeder Art und Leistungen von Dritten, die im Hinblick auf die Vorstandstätigkeit zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt werden. Entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex umfassen die monetären Vergütungsteile sowohl feste (erfolgsunabhängige) wie auch variable (erfolgsabhängige) Bestandteile.

Erfolgsunabhängige Bestandteile

1. Festvergütung

Die Grundvergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Die Grundvergütung von Hans Szymanski, beträgt Euro 253.000 pro Jahr, die Grundvergütung von Thomas Grethe beträgt 200.000 Euro pro Jahr bzw. Euro 119.000 zeitanteilig in 2013.

2. Nebenleistungen

Die Nebenleistungen enthalten die Kosten für beziehungsweise den geldwerten Vorteil von Sachbezügen und weiteren Nebenleistungen wie die Bereitstellung eines Dienstwagens, Zuschüsse zu Versicherungen.

Erfolgsabhängige Bestandteile

1. Variable Vergütung

Die variable Vergütung (an kurzfristigen Zielen ausgerichteter Jahresbonus) ist abhängig vom erzielten Cash Flow und EBITA. Maßgeblich für die Höhe der Bonusermittlung sind die Vorgaben aus dem jeweiligen vom Aufsichtsrat verabschiedeten geschäftsjährlichen (12 Monate) Budget.

Der Langfristbonus für Thomas Grethe ist auf die nachhaltigen Unternehmensentwicklung ausgerichtet und wird unter Berücksichtigung der zugrundeliegenden Geschäftsjahre für die gesamte Vertragslaufzeit berechnet. Die zu erreichenden Nachhaltigkeitsziele sind zum einen die laut Poststatistik installierten Frankiermaschinen im Verhältnis zum Gesamtmarkt (Welt) und zum anderen die Personalkostenquote in Prozent des Rohertrages im Frankiermaschinengeschäft. Der Langfristbonus als nicht aktienbasierte Vergütung ist erst mit Eintritt der o.g. Bedingungen im Vergütungsbericht gem. DRS 17 zu erfassen. Der saldierte Langfristbonus wird in dem Monat zur Zahlung fällig, der dem Monat folgt, in dem der Jahresabschluss über den letzten Monat der Vertragslaufzeit festgestellt wird. Auf den zu erwartenden Langfristbonus erhält das Vorstandsmitglied eine jährliche Abschlagszahlung in Höhe von Euro 6.500 für das Geschäftsjahr 2013. Das Vorstandsmitglied ist verpflichtet, nach der Feststellung des endgültigen Langfristbonus eine etwaige Differenz zwischen den Abschlagszahlungen und dem festgestellten Langfristbonus unverzüglich der Gesellschaft zurückzuzahlen.

Der Bonus wird in bar ausgezahlt.

2. Langfristige aktienbasierte Vergütung

Als langfristige aktienbasierte Vergütung werden verfallbare Aktienzusagen (Stock Optionen) gewährt. Die ordentliche Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 1. Juli 2010 hat beschlossen, an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG und an Führungskräfte des FP-Konzerns Bezugsrechte auszugeben, die die Inhaber dazu berechtigen, insgesamt maximal 1.045.000 Aktien gegen Zahlung des Ausübungspreises zu beziehen (Aktienoptionsplan). Aus diesem Aktienoptionsplan sind dem Vorstand Hans Szymanski und Andreas Drechsler je 180.000 – insgesamt 360.000 Aktienoptionen – gemäß Beschluss der Hauptversammlung zugeteilt worden. Im Berichtsjahr betrug der Personalaufwand für die in der Vergangenheit ausgegebenen Aktienoptionen Euro 120.000. Der Ausübungszeitpunkt für die Optionen beginnt im Geschäftsjahr 2014.

Zusagen im Zusammenhang mit der Beendigung der Tätigkeit im Vorstand

Für den Fall der vorzeitigen einvernehmlichen Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund sahen bzw. sehen die Vorstandsverträge folgende Regelungen vor:

Andreas Drechsler und Hans Szymanski: Die Gesellschaft ist berechtigt, das Vorstandsmitglied im Falle des Ausspruchs einer Kündigung des Dienstvertrages, eines Widerrufs der Bestellung, einer Amtsniederlegung durch das Vorstandsmitglied oder bei einer sonstigen Beendigung der Organstellung von jeder weiteren Tätigkeit für die Gesellschaft für die verbleibende Laufzeit des Dienstvertrages freizustellen. Die Freistellung des Vorstandsmitglieds erfolgt unter Fortzahlung des anteiligen Jahresfestgehaltes für die – im Falle einer Kündigung entsprechend verkürzte – verbleibende Laufzeit des Dienstvertrages sowie unter Anrechnung auf dann bestehende oder noch zu erwerbende Urlaubs- oder Urlaubsabgeltungsansprüche. Ein Bonus ist für die Zeiten der Freistellung nicht geschuldet.

Thomas Grethe: Bei vorzeitiger Beendigung des Dienstvertrages ohne wichtigen Grund dürfen Zahlungen an das Vorstandsmitglied einschließlich Nebenleistungen den Wert von einer Jahresvergütung nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Dienstvertrages vergüten.

Für den Fall der Umwandlung der Gesellschaft in eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) erklärt sich das Vorstandsmitglied mit einer Bestellung zum Vorstand (für den Fall der Ausgestaltung der Gesellschaft in Form der SE nach dem dualistischen System) bzw. zum geschäftsführenden Direktor (für den Fall der Ausgestaltung der Gesellschaft in Form der SE nach dem monistischen System) bereits einverstanden.

II. Vergütung der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2013

Der nachfolgende Ausweis der für das Geschäftsjahr 2013 gewährten Vergütung berücksichtigt zusätzlich zu den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen auch die neuen Empfehlungen des DCGK. So wird zur Darstellung die vom Kodex empfohlene Mustertabelle zum Ausweis des Werts der gewährten Zuwendungen für das Berichtsjahr verwendet. Dabei werden auch die Werte, die im Minimum beziehungsweise im Maximum erreicht werden können, angegeben.

	Hans Szymanski Vorstandssprecher / Finanzvorstand 12/2008-31.12.2013			
	2012	2013	2013 (Min)	2013 (Max)
Festvergütung	240	253	253	253
Nebenleistungen	15	11	11	11
Summe	255	265	265	265
Einjährige variable Vergütung	30	80*	0	120
Mehrjährige variable Vergütung				
<i>SOP Tranche 2010 (DCGK)</i>	53	53	53	53
<i>Langfristbonus</i>	0	0	0	0
Summe	83	183	53	173
Versorgungsaufwand	76	76	76	76
Gesamtvergütung	414	524	394	514

* zusätzlich periodenfremder Aufwand TEUR 50.

	Thomas Grethe Vorstand zuständig für Vertrieb 15.06.13-31.12.2013			
	2012	2013	2013 (Min)	2013 (Max)
Festvergütung	0	119	119	119
Nebenleistungen	0	6	6	6
Summe	0	125	125	125
Einjährige variable Vergütung	0	20	0	26
Mehrjährige variable Vergütung				
<i>SOP Tranche 2010 (DCGK)</i>	0	0	0	0
<i>Langfristbonus</i>	0	13	0	17
Summe	0	33	0	43
Versorgungsaufwand	0	2	2	2
Gesamtvergütung	0	159	127	170

	Andreas Drechsler Vorstand zuständig für Vertrieb (freigestellt) 23.02.09-03.06.2013			
	2012	2013	2013 (Min)	2013 (Max)
Festvergütung	210	224	224	224
Nebenleistungen	18	15	15	15
Summe	228	239	239	239
Einjährige variable Vergütung	30	42	0	55
Mehrjährige variable Vergütung				
<i>SOP Tranche 2010 (DCGK)</i>	53	53	53	53
<i>Langfristbonus</i>	0	0	0	0
Summe	83	95	53	108
Versorgungsaufwand	76	76	76	76
Gesamtvergütung	387	410	368	423

FP hat keinen alljährlich wiederkehrenden Aktienoptionsplan sondern einen regelmäßigen mehrjährigen Aktienoptionsplan (siehe Tz. 17). Vor diesem Hintergrund beträgt der ratierliche Wert der Zuwendungen DCGK auf Jahresbasis aus dem Aktienoptionsplan 2010 für die Jahre 2010 bis 2014 für die Vorstände Herrn Szymanski und Herrn Drechsler jeweils TEUR 53.

Zu folgenden Zahlungsabflüsse kam es im Zusammenhang mit der Vorstandsvergütung gemäß DCGK:

	Hans Szymanski		Andreas Drechsler		Thomas Grethe	
	Vorstandssprecher / Finanzvorstand		Vorstand zuständig für Vertrieb (freigestellt)		Vorstand zuständig für Vertrieb	
	12/2008- 31.12.2013		23.02.2009- 03.06.2013		15.06.2013- 31.12.2013	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Festvergütung	253	240	224	210	119	0
Nebenleistungen	11	15	15	18	6	0
Summe	265	255	239	228	125	0
Einjährige variable Vergütung	50	30	0	30	0	0
Mehrjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
<i>SOP Tranche 2010</i>	0	0	0	0	0	0
<i>Langfristbonus</i>	0	0	0	0	0	0
Summe	50	30	0	30	0	0
Versorgungsaufwand	76	76	76	76	2	0
Gesamtvergütung	391	361	315	334	127	0

Gem. DRS 17 stellt sich die Gesamtvergütung wie folgt dar:

		Herr Szymanski			
		2010	2011	2012	2013
1. Erfolgsunabhängige Komponente	Festvergütung	168	203	240	253
	Nebenleistungen	11	11	15	11
	Summe:	179	214	255	265
2. Erfolgsbezogene Komponente					
2.1 ohne langfristige Anreizwirkung	<i>Einjährige variable Vergütung:</i>	128	44	30	80 ²
2.2 mit langfristiger Anreizwirkung	<i>Mehrjährige variable Vergütung:</i>				
	<i>Stock Options Plan 2010³ⁱ</i>	213	0	0	0
	<i>Langzeitbonus⁴</i>	0	0	0	0
	Summe:	341	44	30	80
Versorgungsaufwand	Versorgungsaufwand	76	76	76	76
Gesamtvergütung	Gesamtsumme	596	334	361	420

		Herr Grethe (Vorstandsmitglied ab 15. Juni 2013)	
		2012	2013
3. Erfolgsunabhängige Komponente	Festvergütung	0	119
	Nebenleistungen	0	6
	Summe:	0	125
4. Erfolgsbezogene Komponente			
4.1 ohne langfristige Anreizwirkung	<i>Einjährige variable Vergütung:</i>	0	20
4.2 mit langfristiger Anreizwirkung	<i>Mehrjährige variable Vergütung:</i>		
	<i>Stock Options Plan 2010⁵</i>	0	0
	<i>Langzeitbonus⁶</i>	0	0
	Summe:	0	20
Versorgungsaufwand	Versorgungsaufwand	0	2
Gesamtvergütung	Gesamtsumme	0	147

² im Geschäftsjahr 2013 zusätzlich periodenfremder Aufwand i. H. v. TEUR 50 erfasst

³ Abweichend vom DCGK wird nach DRS 17 – die aktienbasierte Vergütung wird im Jahr der Gewährung unabhängig von der Erfüllung der Bedingungen in der Gesamtvergütung erfasst

⁴ Abweichend vom DCGK werden nicht aktienbasierte Vergütungen in der Gesamtvergütung erfasst, wenn die an die Zusage geknüpfte Bedingung erfüllt sind.

⁵ Abweichend vom DCGK wird nach DRS 17 – die aktienbasierte Vergütung wird im Jahr der Gewährung unabhängig von der Erfüllung der Bedingungen in der Gesamtvergütung erfasst

⁶ Abweichend vom DCGK werden nicht aktienbasierte Vergütungen in der Gesamtvergütung erfasst, wenn die an die Zusage geknüpfte Bedingung erfüllt sind.

		Herr Drechsler (Vorstandsmitglied bis zum 3. Juni 2013)			
		2010	2011	2012	2013
5. Erfolgsunabhängige Komponente	Festvergütung	152	177	210	224
	Nebenleistungen	15	15	18	15
	Summe:	167	192	228	239
6. Erfolgsbezogene Komponente					
6.1 ohne langfristige Anreizwirkung	<i>Einjährige variable Vergütung:</i>	128	44	30	42
6.2 mit langfristiger Anreizwirkung	<i>Mehrjährige variable Vergütung:</i>				
	<i>Stock Options Plan 2010⁷</i>	213	0	0	0
	<i>Langzeitbonus⁸</i>	0	0	0	0
	Summe:	341	44	30	42
Versorgungsaufwand	Versorgungsaufwand	76	76	76	76
Gesamtvergütung	Gesamtsumme	584	312	334	357

Die in den obigen Tabellen als Versorgungsaufwand ausgewiesenen Beträge sind Zuschüsse zur Altersvorsorge und Teil der an die Vorstände gezahlten fixen Entgelte.

Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Vorgaben anzusetzenden Werten aus der Dienstwagennutzung.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den aktiven Vorstandsmitgliedern sind wie im Vorjahr nur unwesentliche Beträge zurückgestellt (2013: TEUR 3; 2012: TEUR 2).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Francotyp-Postalia Holding AG sind zum 31. Dezember 2013 TEUR 426 (im Vorjahr TEUR 380) bilanziert.

Sonstiges

Mitglieder des Vorstands erhalten außer den vertraglich zugesicherten Möglichkeiten vom Unternehmen keine Kredite und Vorschüsse.

III. Leistungen in Zusammenhang mit der Beendigung der Tätigkeit im Vorstand

In Zusammenhang mit dem Widerruf der Vorstandsbestellung von Andreas Drechsler zum 3. Juni 2013 wird die vertraglich vereinbarten Leistungen bis Vertragsende (Februar 2015) gewährt.

⁷ Abweichend vom DCGK wird nach DRS 17 – die aktienbasierte Vergütung wird im Jahr der Gewährung unabhängig von der Erfüllung der Bedingungen in der Gesamtvergütung erfasst

⁸ Abweichend vom DCGK werden nicht aktienbasierte Vergütungen in der Gesamtvergütung erfasst, wenn die an die Zusage geknüpfte Bedingung erfüllt sind.

IV. Vergütung des Aufsichtsrats

Durch Beschluss der Hauptversammlung wird die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder in der Satzung festgelegt. Die Aufsichtsratsvergütung trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder Rechnung und berücksichtigt sowohl den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz wie auch die mögliche Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist dabei nicht vorgesehen.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält neben dem Ersatz seiner baren Auslagen und seiner ihm für die Aufsichtsrats Tätigkeit etwa zur Last fallenden Umsatzsteuer geschäftsjährlich eine feste im letzten Monat des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von TEUR 30. Für den Vorsitzenden beträgt die feste Vergütung ab dem Geschäftsjahr 2009 150 % und für seinen Stellvertreter 125 % der Vergütung für das normale Aufsichtsratsmitglied.

Die Festvergütung des Aufsichtsrats betrug für das Geschäftsjahr 2013 TEUR 113 (im Vorjahr TEUR 93).

V. Aktienbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Über die gesetzliche Pflicht zur unverzüglichen Mitteilung und Veröffentlichung von Geschäften in Aktien der Gesellschaft hinaus, soll der Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente, von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern angegeben werden, wenn er direkt oder indirekt größer als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien ist. Da der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien übersteigt, führen wir den Gesamtbesitz getrennt nach Vorstand und Aufsichtsrat hier auf:

Aktionär (direkt)	Anzahl der Aktien	%
Hans Szymanski (Vorstand)	120.000	0,7
Botho Oppermann (Aufsichtsrat)	261.948	1,6
Aktionär (indirekt)	Anzahl der Aktien	%
Klaus Röhrig (Aufsichtsratsvorsitzender) über 3R Investment, Tamline Import & Advisory LP, Limassol, Zypern, der Tamline Investments Ltd., Limassol, Zypern	1.660.000	10,3

6.3 Erklärung zur Unternehmensführung

Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften erklären jährlich, dass den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex entsprochen wurde und wird bzw. welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden. Die Erklärung ist auf der Internetseite www.francotyp-postalia.de dauerhaft zugänglich.

Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat berichten jährlich im Corporate Governance Bericht über die Corporate Governance des Unternehmens. Dieser ist ebenso wie die Entsprechenserklärung Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung der Gesellschaft gemäß § 289a Abs. 1 HGB.

Mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex sollen die in Deutschland geltenden Regeln für Unternehmensleitung und -überwachung für nationale wie internationale Investoren transparent gemacht werden. In seinen Bestimmungen und Regeln geht der Kodex auf die Bereiche Aktionärsinteressen, Vorstand und Aufsichtsrat, Durchsichtigkeit der Unternehmensführung und die Aufgaben des Abschlussprüfers ein. Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG sehen sich den Interessen der Aktionäre und damit den Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) verpflichtet. Ebenso sorgen Vorstand und Aufsichtsrat im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung. Über mögliche Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex berichten Vorstand und Aufsichtsrat sowohl in der Entsprechenserklärung als auch in den folgenden ausführlichen Erläuterungen bezogen auf den Kodex in seiner Fassung vom 13. Mai 2013.

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Gemäß § 161 Aktiengesetz erklären Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG mit der Entsprechenserklärung, welchen Empfehlungen des vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gegebenen „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 13. Mai 2013 entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden.

2.3.1 Die Einberufung sowie die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichts sind für die Aktionäre leicht erreichbar auf der Internetseite der Gesellschaft zusammen mit der Tagesordnung zugänglich. Die Satzung der Francotyp-Postalia Holding AG sieht nicht die Möglichkeit einer Briefwahl vor. Die Gesellschaft wird bei ihrer nächsten Hauptversammlung von einer Briefwahl absehen.

2.3.3 Die Gesellschaft wird aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands den Aktionären die Verfolgung der Hauptversammlung über moderne Kommunikationsmedien, z. B. Internet, nicht ermöglichen können.

3.8 Die Gesellschaft hat für den Vorstand eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Für diese Versicherung gilt der Selbstbehalt von mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds gemäß § 93 Abs. 2 AktG. Für den Aufsichtsrat wurde ebenfalls eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Ein Selbstbehalt für den Aufsichtsrat soll bei der Neuverhandlung der Versicherung aufgenommen werden.

5.3.1 Solange der Aufsichtsrat nur aus drei Personen besteht, werden keine Ausschüsse gebildet, in denen der Aufsichtsratsvorsitzende oder ein anderes Mitglied des Aufsichtsrats einen weiteren Vorsitz innehaben könnte, da die Besetzung der Gremien gleich der Besetzung des Aufsichtsrats wäre.

5.3.2 Solange der Aufsichtsrat lediglich aus drei Personen besteht, nimmt der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit die Aufgaben eines Prüfungsausschusses (Audit Committee) wahr.

5.3.3 Für die Bildung eines Nominierungsausschusses gelten die gleichen Bedingungen wie für die übrigen Ausschüsse.

5.6 Der Aufsichtsrat überprüft in einem dreijährigen Turnus die Effizienz seiner Tätigkeit unter Zuhilfenahme eines externen Beraters. Jährlich wird die Effizienz mit internen Mitteln überprüft.

7.1.2 Der Konzernabschluss wird aufgrund des umfangreichen Konsolidierungsaufwandes innerhalb von vier Monaten nach Geschäftsjahresende erstellt. Die Quartalsberichte und der Halbjahresbericht werden ebenfalls aufgrund des hohen Konsolidierungsaufwandes entsprechend der Börsenordnung und des Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht.

Birkenwerder, 31. März 2014

Für den Aufsichtsrat

Klaus Röhrig
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Vorstand

Hans Szymanski
Vorstandssprecher

Thomas Grethe
Vorstand

6.4 Grundsätzliche Informationen über den Aufbau der Unternehmensführung und die zugrundeliegenden Regeln Erklärung zur Unternehmensführung

Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften erklären jährlich, dass den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex Die Francotyp-Postalia Holding AG hat ihren Sitz in Birkenwerder und untersteht damit als deutsche Gesellschaft dem deutschen Aktienrecht. Sie verfügt über die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung. Die Unternehmensführung basiert auf einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Organe sowie einem regen und stetigen Informationsfluss zwischen ihnen. Insbesondere auf der Hauptversammlung können die Aktionäre Fragen an die Unternehmensleitung stellen und ihr Stimmrecht ausüben.

Verantwortung zu übernehmen, gehört zum Selbstverständnis des FP-Konzerns. Das Unternehmen übernimmt Verantwortung für Produkte und Prozesse, Mitarbeiter, Kunden und Partner genauso wie für Umwelt und Gesellschaft. Dabei pflegt das Unternehmen einen offenen Umgang und befindet sich in einem kontinuierlichen Dialog mit seinen Stakeholdern.

Für deutsche Aktiengesellschaften ist ein duales Führungssystem zusammengesetzt aus Vorstand und Aufsichtsrat gesetzlich vorgeschrieben. Satzungsgemäß besteht der Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG aus drei von der Hauptversammlung zu wählenden Mitgliedern. Aus der Mitte des Aufsichtsrats werden der Vorsitzende und ein stellvertretender Vorsitzender gewählt. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats, die sich das Gremium selbst gegeben hat, wird dessen Arbeitsweise geregelt.

Satzungsgemäß finden kalenderjährlich vier Sitzungen des Aufsichtsrats der Francotyp-Postalia Holding AG statt, wobei zwei Sitzungen kalenderhalbjährlich stattzufinden haben. Außerordentliche Sitzungen werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden nach Bedarf und pflichtgemäßen Ermessen einberufen.

Der Aufsichtsrat kann entsprechend der Satzung eine oder mehrere Personen zum Vorstand der Gesellschaft berufen. Zurzeit setzt sich der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG aus zwei Vorständen zusammen. Der Vorstand leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Aktionäre, seiner Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen. Gemäß der vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung führt der Vorstand die Geschäfte der Gesellschaft nach einheitlichen Plänen und Richtlinien. Dabei trägt der Vorstand gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung der Gesellschaft. Im Rahmen der Gesamtverantwortung für die Geschäftsführung haben die beiden Vorstände in ihrem jeweils zugewiesenen Aufgabenbereich kollegial und vertrauensvoll zum Wohle des Unternehmens zusammenzuarbeiten.

Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens und stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab. Neben der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien auch in den Konzernunternehmen sorgt der Vorstand ebenso für ein angemessenes Risikomanagement und -controlling im Unternehmen. Näheres beschreibt der Risiko- und Chancenbericht im Konzernlagebericht. Sitzungen des Vorstands finden in regelmäßigen Abständen, nach Möglichkeit zweiwöchentlich, statt.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Wegen der Größe des Unternehmens und der durch die Satzung bestimmten Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wird in der Regel auf die Bildung von Ausschüssen oder Gremien verzichtet. Aus diesem Grund beschließt und überprüft der Aufsichtsrat als Ganzes Fragen zum Thema des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente. Ebenso nimmt der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit die Aufgabe eines Prüfungsausschusses (Audit Committee) wahr. Damit übernimmt der

Vorsitzende des Aufsichtsrats zugleich die Aufgaben des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Ein Mitglied des Aufsichtsrats verfügt über die geforderten besonderen Kenntnisse im Bereich der Rechnungslegung.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes ist das gemeinsame Ziel der engen Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat. In regelmäßigen Abständen erörtern Vorstand und Aufsichtsrat den Stand der abgestimmten strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Rechnungslegung und der Compliance informiert der Vorstand den Aufsichtsrat ebenfalls regelmäßig. Der Vorstand berichtet über eventuelle Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen und begründet diese. Die Art und Weise, wie der Vorstand informieren und berichten muss, hat der Aufsichtsrat in der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegt. Für Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Unternehmens grundlegend verändern und über Geschäfte von wesentlicher Bedeutung, sind in der Geschäftsordnung des Vorstands Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats bestimmt.

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat gemäß den Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance-Kodex für die Mitglieder des Vorstands eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Für diese Versicherung gilt der Selbstbehalt von mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds gemäß § 93 Abs. 2 AktG. Für den Aufsichtsrat wurde ebenfalls eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Ein Selbstbehalt für den Aufsichtsrat soll bei der Neuverhandlung der Versicherung aufgenommen werden.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Francotyp-Postalia Holding AG entspricht den Empfehlungen des Kodex, die Vergütungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat individualisiert offen zu legen. Die Grundzüge der Vergütungssysteme und die Vergütung sind im Vergütungsbericht, der Teil des Konzernabschlusses und des Einzelabschlusses ist, dargestellt.

Interessenskonflikte

Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen und im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder persönliche Interessen verfolgen noch anderen Personen Vorteile gewähren oder Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Jedes Vorstandsmitglied legt Interessenskonflikte dem Aufsichtsrat offen und informiert die übrigen Mitglieder des Vorstands. Ebenso legt jedes Aufsichtsratsmitglied Interessenskonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber offen. Über aufgetretene Interessenskonflikte und deren Behandlung informiert der Aufsichtsrat in seinem Bericht an die Hauptversammlung.

Diversity

Der Aufsichtsrat hat im Hinblick auf seine künftige Zusammensetzung die vom Corporate Governance-Kodex empfohlene Zusammensetzung des Aufsichtsrats aus männlichen und weiblichen Mitgliedern zu bedenken. Gegenwärtig befindet sich noch keine Frau im Aufsichtsrat der Gesellschaft. Bei insgesamt drei Aufsichtsratsmitgliedern wird ein weiblicher Aufsichtsrat als angemessen angesehen. In der zur Hauptversammlung 2013 durchgeführten Wahl des Aufsichtsrats wurde keine Kandidatin zur Wahl durch den Aufsichtsrat gestellt. Bei Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung berücksichtigt der Aufsichtsrat selbstverständlich das Thema Diversity. Maßgebliche Leitlinie für den Wahlvorschlag bleibt dabei das Unternehmensinteresse, so dass der Aufsichtsrat die am besten geeigneten Kandidatinnen bzw. Kandidaten vorschlagen wird. Das Thema

Diversity wird der Aufsichtsrat bei der Suche nach fachlich geeigneten Kandidaten für neu zu besetzende Vorstandspositionen ebenfalls berücksichtigen.

Weiterhin soll mindestens ein Aufsichtsratsmitglied das Kriterium der Internationalität erfüllen. Bereits heute verfügt mindestens ein Mitglied über die geforderten Eigenschaften.

Effizienzprüfung

Der Aufsichtsrat überprüft in einem dreijährigen Turnus die Effizienz seiner Tätigkeit unter Zuhilfenahme eines externen Beraters. Jährlich wird die Effizienz mit internen Mitteln überprüft. Dementsprechend wurde die Effizienzprüfung, nachdem sie aufgrund der Neubesetzungen 2012 nicht erfolgen konnte, in der zweiten Jahreshälfte 2013 wieder durchgeführt.

Aktionäre und Hauptversammlung

Der Vorstand beruft mindestens einmal im Jahr die Hauptversammlung ein. Die Aktionäre nehmen auf der Hauptversammlung den festgestellten Konzern- bzw. Jahresabschluss und die entsprechenden Lageberichte entgegen, beschließen gegebenenfalls über die Verwendung des Bilanzgewinns und über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands. Ebenfalls wählen die Teilnehmer der ordentlichen Hauptversammlung in jedem Geschäftsjahr den Abschlussprüfer neu.

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre der Francotyp-Postalia Holding AG ihre Mitverwaltungs- und Kontrollrechte wahr. Sie haben die Möglichkeit, ihre Stimmrechte selbst auszuüben oder es durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl – auch durch eine Vereinigung von Aktionären – ausüben zu lassen. Zudem wird den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte erleichtert, indem die Gesellschaft einen Stimmrechtsvertreter zur Verfügung stellt, der auch während der Hauptversammlung zu erreichen ist.

Die Gesellschaft veröffentlicht die für die Hauptversammlung verlangten Unterlagen zusammen mit der Tagesordnung für die Aktionäre leicht zugänglich auf der Internetseite. Zugleich werden die Unterlagen den Aktionären durch ihre Banken direkt übermittelt. Die Satzung sieht nicht die Möglichkeit einer Briefwahl vor. Selbstverständlich liegt es im Interesse der Gesellschaft und auch im Interesse der Aktionäre, die Hauptversammlung zügig abzuwickeln. Satzungsgemäß steht dem Versammlungsleiter entsprechend die Möglichkeit zur Verfügung, das Frage- und Rederecht der Aktionäre zeitlich angemessen zu beschränken. Bedingt durch einen hohen organisatorischen Aufwand ist eine komplette Internet-Übertragung der Hauptversammlung weiterhin nicht vorgesehen.

Transparenz

Corporate Governance bedeutet für die Francotyp-Postalia Holding AG eine verantwortungsbewusste und transparente Führung und Kontrolle des Unternehmens. Dazu gehört insbesondere die Gleichbehandlung der Aktionäre bei der Weitergabe von Informationen. Allen Aktionären, Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten werden sämtliche neue Tatsachen unverzüglich zur Verfügung gestellt. Dies beinhaltet die Verbreitung der Informationen in Deutsch und in Englisch sowohl auf der Internetseite der Francotyp-Postalia Holding AG als auch die Nutzung von Systemen, die eine gleichzeitige Veröffentlichung von Informationen im In- und Ausland gewährleisten. Wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen und Termine werden im Finanzkalender mit ausreichendem Zeitvorlauf publiziert.

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben informiert die Francotyp-Postalia Holding AG auf ihrer Internetseite, wenn Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie ihnen

nahe stehende Personen FP-Aktien oder sich darauf beziehende Derivate erworben oder veräußert haben. Laut § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes sind diese Personen verpflichtet, Transaktionen offenzulegen, wenn der Wert im Kalenderjahr Euro 5.000 erreicht oder überschreitet.

Über die gesetzliche Pflicht zur unverzüglichen Mitteilung und Veröffentlichung von Geschäften in Aktien der Gesellschaft hinaus, soll der Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente, von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern angegeben werden, wenn er direkt oder indirekt größer als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien ist. Da der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien übersteigt, führen wir den Gesamtbesitz getrennt nach Vorstand und Aufsichtsrat hier auf:

Aktionär (direkt)	Anzahl der Aktien	%
Hans Szymanski (Vorstand)	120.000	0,7
Botho Oppermann (Aufsichtsrat)	261.948	1,6
Aktionär (indirekt)	Anzahl der Aktien	%
Klaus Röhrig (Aufsichtsratsvorsitzender) über 3R Investment, Tamline Import & Advisory LP, Limassol, Zypern, der Tamline Investments Ltd., Limassol, Zypern	1.660.000	10,3

Rechnungslegung

Anteilseigner und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss und – während des Geschäftsjahres – zusätzlich durch die Quartalsberichte und den Halbjahresbericht informiert. Abweichend von der Empfehlung des Kodex wird der Konzernabschluss der Francotyp-Postalia Holding AG aufgrund des umfangreichen Konsolidierungsaufwandes innerhalb von 4 Monaten nach Geschäftsjahresende erstellt. Die Quartalsberichte und der Halbjahresbericht werden ebenfalls aufgrund des hohen Konsolidierungsaufwandes entsprechend der Börsenordnung und des Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht.

Der Konzernabschluss und die Zwischenberichte werden nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Der gesetzlich vorgeschriebene und für die Besteuerung und Dividendenauszahlung maßgebliche Einzelabschluss wird nach den Vorschriften des HGB erstellt.

Ein internes Kontrollsystem und einheitliche Bilanzierungsgrundsätze stellen sicher, dass ein angemessenes Bild der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie der Zahlungsströme aller Konzerngesellschaften wiedergegeben wird. Darüber hinaus stellt der Vorstand ein angemessenes Risikomanagement- und Kontrollsystem im Unternehmen sicher. Zeitnah und regelmäßig unterrichtet er den Aufsichtsrat über bestehende Risiken und ihre Entwicklung.

Der Aufsichtsrat berät über das Risikomanagement und ist vor dem Hintergrund des § 107 Abs. 3 AktG in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes BilMoG explizit mit der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, der internen Kontrollsysteme und Revisionsysteme, des Rechnungslegungsprozesses und der Abschlussprüfung, insbesondere deren Unabhängigkeit, befasst.

Eine Aufstellung der Beziehung zu Aktionären, die im Sinne des IAS 24 als nahe stehende Personen zu qualifizieren sind, veröffentlicht die Gesellschaft innerhalb ihres Konzernabschlusses.

Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat dem Beschluss der Hauptversammlung 2013 folgend die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, mit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2013 beauftragt. Mit dem Abschlussprüfer wurde gemäß den Empfehlungen des Kodex vereinbart, dass er den Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich über Ausschluss- und Befangenheitsgründe unterrichtet, die während der Prüfung auftreten, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden. Zudem berichtet der Abschlussprüfer sofort über alle für die Aufgabe des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Falls der Abschlussprüfer Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der vom Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Compliance zum Kodex nach § 161 AktG ergeben, wird er den Aufsichtsrat informieren bzw. dies im Prüfungsbericht vermerken.

Compliance

Der Vorstand hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen hin (Compliance). Fragen der Compliance sind regelmäßig Gegenstand der Beratung zwischen dem Aufsichtsrat bzw. Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand. Der FP-Konzern hat in den Jahren 2010 und 2011 aktualisierte und zum Teil neue Compliance-Regelungen für alle Gesellschaften des FP-Konzerns eingeführt.

Die Unternehmenskultur des FP-Konzerns ist geprägt von Vertrauen und gegenseitigem Respekt sowie dem Willen zur strikten Einhaltung von Gesetzen und internen Regelungen. Dennoch sind Rechtsverstöße durch individuelles Fehlverhalten nie ganz auszuschließen. Das Unternehmen setzt alles daran, dieses Risiko so weit wie möglich zu minimieren und Fehlverhalten aufzudecken und konsequent zu verfolgen. Von zentraler Bedeutung ist die Beachtung rechtlicher und ethischer Regeln und Grundsätze. Festgeschrieben sind sie, wie auch der verantwortungsbewusste Umgang mit Insiderinformationen, in der Compliance-Richtlinie. Allen Mitarbeitern dient sie zur Orientierung für ein integriertes Verhalten im Geschäftsverkehr.

Birkenwerder, 31. März 2014
Vorstand

Hans Szymanski
Vorstandssprecher

Thomas Grethe
Vorstand

Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder

**VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER NACH § 315 ABS. 1 SATZ 6 UND
NACH § 289 ABS. 1 SATZ 5 HGB**

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, 31 März 2014

Hans Szymanski
Vorstandssprecher

Thomas Grethe
Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Francotyp-Postalia Holding AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 9. April 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Großmann
Wirtschaftsprüfer



Unger
Wirtschaftsprüferin

